

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

DEUTSCHLAND

Bericht des Mitarbeiterstabes für die Artikel IV-Konsultation

Von Vertretern des Mitarbeiterstabes für die
Konsultation mit Deutschland im Jahre 1999 erstellt

Genehmigt von Michael Deppler und Leslie Lipschitz

30. September 1999

	Inhalt	Seite
I.	Einleitung, Zusammenfassung und Hauptprobleme.....	3
II.	Wirtschaftlicher Hintergrund.....	5
	A. Rückblick nach fünfzig Jahren	5
	B. Derzeitige Wirtschaftslage.....	9
III.	Erörterung der politischen Maßnahmen	10
	A. Übersicht.....	10
	B. Öffentliche Finanzen	11
	C. Arbeitsmarkt und Sozialversicherung.....	14
	D. Sonstige Fragen	19
IV.	Beurteilung seitens des Mitarbeiterstabes.....	22
 Textkästen		
1.	Langfristige Trends am Arbeitsmarkt.....	26
2.	Konjunkturbedingtes Verhalten der Finanzpolitik	29
3.	Produktion, Preise und außenwirtschaftliche Entwicklungen	31
4.	Geld- und finanzpolitische Entwicklungen.....	34
5.	Haushaltspolitik und Initiativen zur Steuerreform.....	37
6.	Arbeitsmarktpolitik ausgewählter kontinentaleuropäischer Länder	39
 Texttabellen		
1.	Mittelfristige Prognosen der Finanzen der öffentlichen Haushalte, 1994-2004.....	36

Abbildungen

1. Reale Produktion pro Arbeiter	7
2. Wachstum des realen BIP	7
3. Arbeitslosenquoten	8

Abbildungen in den Textkästen

Kasten 1. Abb. 1. Arbeitslosenquote nach Qualifikation	26
Kasten 1. Abb. 2. Beschäftigungsgrad nach Qualifikation	26
Kasten 1. Abb. 3. Sozialbeitragssatz	27
Kasten 1. Abb. 4. Sozialhilfe	27
Kasten 1. Abb. 5. Gesamtlohnanteil und Arbeitslosenquote	28
Kasten 2. Abb. 1. Fiskalpolitisches Verhalten	29
Kasten 2. Abb. 2. Geldpolitisches Verhalten	29
Kasten 3. Abb. 1. Auslandsaufträge und Netto-Exporte	31
Kasten 3. Abb. 2. Vertrauen der Unternehmen und der Verbraucher	31
Kasten 3. Abb. 3. Reales BIP und Gesamtinlandsnachfrage	32
Kasten 3. Abb. 4. Arbeitslosenquoten	32
Kasten 3. Abb. 5. Verbraucherpreise	32
Kasten 3. Abb. 6. Einfuhrpreise und Lohnstückkosten	32
Kasten 3. Abb. 7. Reale effektive Wechselkurse	33
Kasten 3. Abb. 8. Bilaterale reale Wechselkurse	33
Kasten 4. Abb. 1. Marktzinsen	34
Kasten 4. Abb. 2. Indizes der Geldbedingungen	34

Anhänge

I. Grundlegende Daten	41
II. Beziehungen zum Fonds	43
III. Statistischer Anhang	44

I. EINLEITUNG, ZUSAMMENFASSUNG UND HAUPTPROBLEME ¹

1. In seinem Bericht für die Konsultation des vorigen Jahres konzentrierte der Mitarbeiterstab seine Analyse auf die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes, dessen Funktionsweise sowohl absolut als auch im Vergleich zu den anderen Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als problematisch charakterisiert wurde. Er kam im wesentlichen zu dem Schluss, dass dieser Markt nunmehr asymmetrisch auf Schocks reagiert, was in den Jahren nach der Wiedervereinigung am deutlichsten wurde, und dass sich die Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes negativ auf die gesamtwirtschaftliche Leistung auswirken. In dem Bericht wurde festgestellt, dass die kurzfristigen Aussichten der Wirtschaft zwar einigermaßen günstig sind, aber nicht die tiefsitzenden Strukturprobleme verdecken dürfen, die den Problemen des Arbeitsmarkts zugrunde liegen und auf der Tagesordnung der neuen nach den Bundestagswahlen im September 1998 gebildeten Regierung an erster Stelle stehen müssen. Beim Abschluss der Konsultation (am 2. September 1998), bestätigten die Exekutivdirektoren diese Analyse und die entsprechende Forderung nach umfassenden Reformen, die sich auf eine stärkere Streuung der Löhne, Senkung der Lohnnebenkosten und Neustrukturierung der Einkommensteuern und Sozialleistungen konzentrieren müssen. Da kein Inflationsdruck vorhanden war und die Risiken einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Entwicklung zunahmen, hielten die Exekutivdirektoren den geldpolitischen Kurs der Bundesbank für angebracht. Sie hoben

¹Die Konsultationsgespräche fanden in der Zeit vom 23. Juni bis 5. Juli 1999 statt, und zwar mit den Staatssekretären Koch-Weser und Zitzelsberger im Finanzministerium, dem damaligen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer, dem designierten Präsidenten Welteke, anderen ranghohen Regierungsvertretern im Kanzleramt, dem Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium, der Bundesbank, dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Kreditinstituten, Forschungsinstituten, der politischen Opposition und den Sozialpartnern. Die Herren Esdar (Exekutivdirektor) bzw. Donecker (Stellvertretender Exekutivdirektor) waren bei den meisten Sitzungen zugegen. Das Team des Mitarbeiterstabs setzte sich aus den Herren Deppler, Fetherston, Jaeger, Frau Kodres and Frau Kollau (alle EU1) sowie Herrn Prasad (Forschung) zusammen. Deutschland hat beschlossen, an dem Pilotprojekt teilzunehmen, bei dem die Berichte des Mitarbeiterstabs über die Artikel IV-Konsultationen auf freiwilliger Basis veröffentlicht werden.

Deutschland hat seit jeher aktuelle Wirtschaftsstatistiken von hoher Qualität veröffentlicht und liefert Daten, die für die Überwachung seitens des Fonds angemessen sind. Die Qualität und Einheitlichkeit der Statistiken kann jedoch noch verbessert werden, insbesondere im Bereich Arbeitsmarkt; durch die diesjährige Einführung neuer europäischer Standards der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Anhang III) haben sich einige vorübergehende Lücken ergeben. Deutschland hat den speziellen Datenveröffentlichungsstandard des Fonds übernommen. Deutschland ist ein Artikel VIII-Mitglied und unterhält, abgesehen von den in Anhang II genannten Restriktionen aus Sicherheitsgründen, ein restriktionsfreies Wechselkurssystem.

auch hervor, wie wichtig es ist, automatische fiskalische Stabilisatoren voll zum Zuge kommen zu lassen, sobald eine auf Dauer haltbare Lage der öffentlichen Finanzen erreicht ist, und forderten die Behörden auf, den voraussichtlichen Konjunkturaufschwung zu nutzen, um eine dauerhafte Konsolidierung vorzunehmen.

2. Die Zeit seit der letzten Konsultation war sowohl wirtschaftlich als auch politisch turbulent. Der vor einem Jahr erwartete Aufschwung verflüchtigte sich schnell, als die Krise der aufstrebenden Marktwirtschaften die deutschen Exporte schwer in Mitleidenschaft zog, und das Wachstum kam Ende 1998 zum Stillstand. Die Konjunkturflaute hielt im ersten Halbjahr 1999 an, da die Anpassung der Lagerbestände wirksam wurde, die Aussichten erscheinen nunmehr jedoch günstiger. Auf der politischen Ebene hat die neue Koalitionsregierung aus SPD und Grünen, die nach den Bundestagswahlen im September 1998 gebildet wurde, den Abbau der Arbeitslosigkeit zu ihrem obersten Anliegen erklärt. Die ersten Monate ihrer Amtszeit waren jedoch von Kontroversen und Ungewissheiten über die Strategie zur Erreichung dieses Ziels geprägt – Ungewissheiten, die ihren Schatten auf den politischen Kurs in Europa generell und auf die Rolle Deutschlands bei der reibungslosen Einführung des Euro warfen. Außerdem haben die Niederlagen bei den letzten Landtagswahlen die Koalition ihre Mehrheit im Bundesrat gekostet und ihre gesetzgeberische Aufgabe erschwert.

3. In den letzten Monaten hat die Regierung ihre politischen Absichten in wichtigen Bereichen klarer gemacht. Wie weiter unten ausführlicher besprochen, ist bei ihren jüngsten Initiativen, namentlich hinsichtlich Fiskalpolitik sowie Steuer- und Rentenreform, vieles begrüßenswert. Im entscheidenden Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind die Aussichten jedoch nicht gut: die ersten von der neuen Regierung getroffenen Maßnahmen waren vom Standpunkt einer Verbesserung des allgemeinen Funktionierens des Arbeitsmarktes ein Rückschritt, und die Ausführungen des Mitarbeiterstabs über die Notwendigkeit einer stärkeren Differenzierung der Arbeitskostenstrukturen stießen innerhalb und außerhalb der Regierung bestenfalls auf vorsichtige Zurückhaltung. Außerdem haben neuerliche Umorganisationen (darunter die Übertragung strategischer politischer Planung zwischen den Ministerien) die Festlegung eines strukturpolitischen Kurses verzögert. Insgesamt besteht ein erhebliches Risiko der politischen Untätigkeit oder einer Politik im traditionellen deutschen "korporatistischen" Stil, die die Aufgabe nicht wirklich erfüllen würde.

4. Während eine derartige Politik in der Vergangenheit mit einer Wirtschaftsleistung einherging, die von vielen beneidet wurde, würde sie nach Ansicht des Mitarbeiterstabs mittelfristig kein optimales Wachstum der Produktion und der Beschäftigung bewirken. Die Volkswirtschaft würde später bei Konjunkturreinbrüchen oder exogenen Schocks, (z.B. infolge der Erweiterung der EU) die den Wettbewerbsdruck auf Arbeitskräfte der unteren Einkommensgruppen verstärken, erneut verschärft einem Abbau von Arbeitsplätzen ausgesetzt. Eine andauernde unterdurchschnittliche makroökonomische Leistung Deutschlands aufgrund anhaltender Arbeitsmarktprobleme hätte dann auch negative Auswirkungen auf die Partner Deutschlands im Euro-Raum und in der Weltwirtschaft.

5. Da sich die Schlussfolgerungen des Mitarbeiterstabes von denen des Vorjahres kaum unterscheiden, werden im diesjährigen Bericht vor allem die historischen Grundlagen der deutschen Politik untersucht. Diese Analyse erklärt sowohl die Kontroversen und politischen Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen des letzten Jahres als auch die Frage, warum diese traditionellen politischen Lösungsansätze angepasst werden müssen, wenn die deutsche Wirtschaft zum Nutzen aller ihren früheren Glanz zurückgewinnen soll. Dieser Rahmen ist auch der Kontext für die Grundannahme des Berichts, dass – trotz der von unseren Gesprächspartnern in Deutschland vielfach geäußerten Bedenken, dass der Stab „angelsächsische“ Korrekturmaßnahmen befürwortet – wirksame Lösungen für die Probleme des deutschen Arbeitsmarktes so gestaltet sein müssen, dass sie im deutschen sozio-ökonomischen Zusammenhang akzeptabel sind. Und das nicht nur, weil jeder der Hauptakteure effektiv ein Vetorecht hat, sondern auch, weil mehrere Nachbarländer Deutschlands mit ähnlichen Problemen auf der Grundlage der von ihnen selbst entwickelten Strategien gewisse Erfolge erzielt haben.

II. WIRTSCHAFTLICHER HINTERGRUND

A. Rückblick nach fünfzig Jahren²

6. **Die Institutionen der sozialen Marktwirtschaft Deutschlands, die vor einem halben Jahrhundert als Antwort auf die Entwicklungen vor dem Kriege eingerichtet wurden, zeichnen sich aus durch eine klare Aufgabenverteilung zwischen den Hauptakteuren der Wirtschaft sowie durch klare Spielregeln. Das System wurde so angelegt, dass es gesellschaftliche Solidarität und sozialen Schutz mit angemessenen marktwirtschaftlichen Anreizen verbindet, und es beruht auf fünf Säulen:**

– **Die Geld- und Währungspolitik**, die einer starken und unabhängigen Zentralbank, der Bundesbank, übertragen wurde, die auf die Preisstabilität verpflichtet war (diese Aufgabe ist seit der Einführung des Euro im Januar 1999 auf die Europäische Zentralbank (EZB) übergegangen).

– Eine klare Trennung des staatlichen und privaten Sektors bei der Festsetzung der Löhne mit **vom Grundgesetz vorgeschriebenen autonomen Tarifverhandlungen** zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden, deren Ergebnisse in vielen Fällen (teilweise durch verwaltungstechnische Ausdehnung) für die übrige Wirtschaft verbindlich sind. Die Gewerkschaften haben traditionell bei ihren Zielsetzungen großen Wert auf "Solidarität" gelegt, d. h. ähnliche Verbesserungen der Löhne, sonstigen Arbeitsbedingungen und

² In dieser Kurzfassung ist die Entwicklung zwangsläufig nur in groben Zügen wiedergegeben. Eine eingehendere Analyse wird in Kapitel I des Selected Issues Paper gegeben (eine englische Version ist verfügbar im Internet unter der Adresse <http://www.imf.org/external/country/deu/index.htm>).

Nebenleistungen für alle Arbeitnehmer auf verschiedenen Qualifikationsstufen, in verschiedenen Branchen, Regionen und Unternehmen. Dies führte zu einer Lohnstruktur, die durch ein enges Gefälle gekennzeichnet ist und im Laufe der Zeit sehr stabil war (Selected Issues, Kapitel III). Die Gewerkschaften haben den Lohndruck außerdem als ein Mittel betrachtet, das die Unternehmen zur Steigerung der Produktivität anspornen kann, aber gleichzeitig darauf geachtet, dass genügend Gewinne für Investitionen verbleiben.

– Ein umfassendes **Sozialversicherungssystem** (zur Abdeckung der Risiken Altersversorgung, Krankheit und Kurzarbeitslosigkeit), das vom staatlichen Sektor nach dem "Paritätsprinzip" verwaltet wird, bei dem ein einheitlicher Sozialversicherungsbeitrag proportional zum Lohn über den größten Teil der Lohnskala erhoben wird und die individuellen Sozialversicherungsleistungen eng mit den Beiträgen gekoppelt sind.

– Ein großzügiges **soziales Sicherheitsnetz** für Langzeitarbeitslose (Arbeitslosenhilfe) und Personen mit niedrigem Einkommen (Sozialhilfe), das auf dem Prinzip eines garantierten (mit der Steigerung des Durchschnittslohns gekoppelten) Mindesteinkommens beruht, das einen verhältnismäßig hohen effektiven Mindestlohn festlegt.

– Die **Fiskalpolitik**, der es obliegt, diese und andere durch Sozialausgaben bedingte Verpflichtungen im Rahmen einer generellen finanziellen Disziplin zu finanzieren, wurde einem komplizierten System der Kompetenzenverteilung zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen übertragen. Die Leitprinzipien waren im Grundgesetz als „goldene Regel“ verankerte Zwänge auf den verschiedenen Ebenen (die die Kreditfinanzierung auf die Investitionsausgaben begrenzten), die dafür sorgten, dass man sich auf nominale Zielgrößen des Defizits konzentrierte.

7. **Diese institutionellen Regelungen funktionierten im wirtschaftlich günstigen Umfeld der Zeit des Wirtschaftswunders im dritten Viertel des Jahrhunderts außerordentlich gut, aber weniger gut, als die Phase des Nachholwachstums zu Ende ging.** In der Nachkriegszeit wurde das deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem jahrelang von vielen Ländern wegen seiner vielfältigen Leistungen bewundert – sowohl wegen seiner makroökonomischen Dimensionen, d.h. schnelles Wachstum, finanzielle Stabilität und außerordentlich niedrige Arbeitslosigkeit, als auch in anderer Hinsicht, namentlich Lebensstandard, soziale Gerechtigkeit und die Berufsausbildung der Jugendlichen in Lehrstellen. In den letzten Jahrzehnten war aber die Leistung Deutschlands nicht mehr so glanzvoll, und die Spannungen zwischen dem „sozialen“ und dem „Markt-“ Element der Wirtschaft traten zunehmend zutage. Während die finanzielle Stabilität bewahrt wurde, ließ das Wachstum (wie in vielen Ländern) nach, als die Nachholphase zu Ende ging (Abbildung 1 und 2), und die Leistung des Arbeitsmarktes fiel von weit überdurchschnittlich auf weit unterdurchschnittlich (Abbildung 3). Auch ist der Leistungsabfall des Arbeitsmarktes nicht nur gegenüber den angelsächsischen Ländern zu beobachten oder auf Ostdeutschland zurückzuführen, wie so oft behauptet wird. Im letzten Jahrzehnt ist er auch gegenüber im allgemeinen (sozial- und wirtschaftspolitisch) gleichgesinnten Nachbarländern, z.B. Dänemark, den Niederlanden und neuerlich auch Frankreich (siehe unten) zu beobachten; und von 1992 bis 1998 ist die Beschäftigung im westlichen Teil Deutschlands genauso stark

zurückgegangen wie im östlichen Teil. Die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt konzentrierte sich auf drei Episoden, die durch Schocks ausgelöst wurden und überwiegend die weniger qualifizierten Arbeitskräfte betrafen (Kasten 1 und Selected Issues, Kapitel I).

Abbildung 1: Reale Produktion pro Arbeitnehmer 1/ (In tausend US-Dollar zu Preisen von 1995; logarithmischer Maßstab)

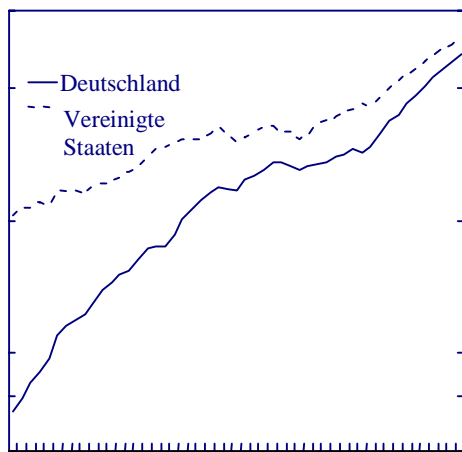
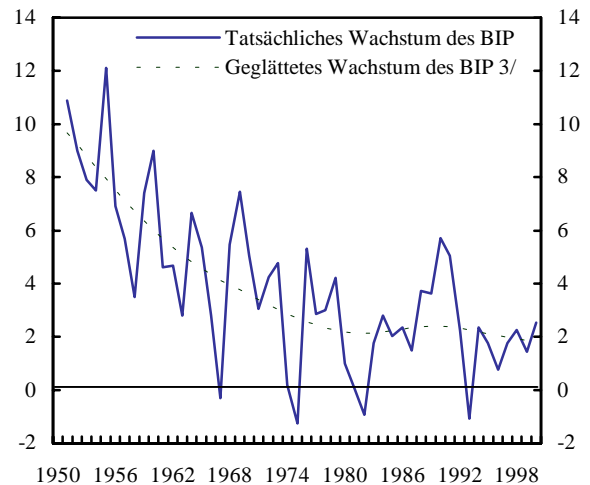


Abbildung 2: Reales Wachstum des BIP 1/



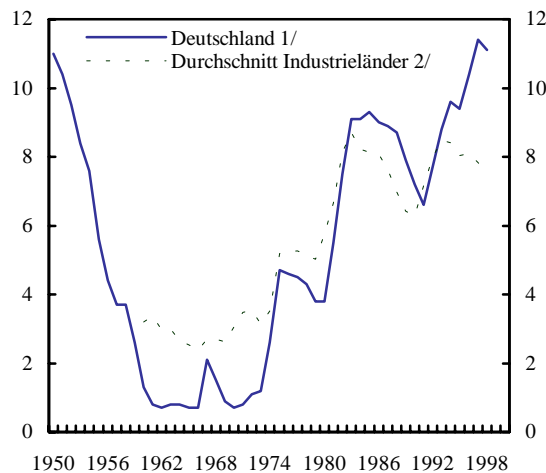
Quellen: World Economic Outlook Datenbank; Deutsche Bundesbank; Penn World Tables 5.6 sowie Schätzungen und Prognosen des Mitarbeiterstabes.

1/ Daten für 1999-2000 sind Prognosen des Mitarbeiterstabes.

2/ Daten für 1991-2000 beziehen sich auf das vereinigte Deutschland.

3/ Schätzungen mit Hodrick-Prescott-Filter.

Abbildung 3: Arbeitslosenquoten



Quellen: Deutsche Bundesbank; Sachverständigenrat und Berechnungen des Mitarbeiterstabes.

1/ Daten für arbeitslos Gemeldete 1991-1998 beziehen sich auf das vereinigte Deutschland.

2/ Gewogenes Mittel.

8. Die elementare Dynamik derartiger Episoden sieht etwa folgendermaßen aus: Von einem ungefähren Makro-Gleichgewicht ausgehend folgen auf anfänglich mäßige Lohnsteigerungen im Lauf der Erholung zunehmend aggressive Lohnforderungen, sobald die Gewinne steigen, und die Nachfrage nach Arbeitskräften verschiebt sich zunehmend zugunsten der höher qualifizierten/besser bezahlten Arbeitnehmer auf Kosten der weniger qualifizierten/schlechter bezahlten Arbeitnehmer (Kasten 1). Während dies die Arbeitskosten der ersten Gruppe an die annehmbare Grenze treibt, treiben die Prinzipien der Solidarität bei Lohnverhandlungen und die Parität der Sozialversicherungsbeiträge die Arbeitskosten für die weniger qualifizierten Arbeitskräfte immer weiter über ihrer Produktivität hinaus. Dies kann zwar eine Zeit lang durch Preiserhöhungen gedeckt werden, aber schließlich, insbesondere bei einem Konjunkturrückgang, entlassen die Unternehmen die weniger qualifizierten Arbeitskräfte in großem Umfang. Da jedoch das soziale Sicherheitsnetz den effektiven Mindestlohn den Durchschnittslöhnen entsprechend anhebt, ist es den weniger qualifizierten Arbeitskräften nicht möglich, über einen niedrigeren Lohn wieder beschäftigt zu werden. Der daraus folgende Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit erfordert höhere Sätze der Sozialversicherungsbeiträge (um den Mehraufwand an Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren), wodurch das Problem der Kostenkonkurrenz am unteren Ende noch verschlimmert wird und durch die resultierende Schrumpfung der Steuerbemessungsgrundlage im Verbund mit den Mehrausgaben für Arbeitslosen- und Sozialhilfe der allgemeine Druck auf die Finanzen verschärft und dadurch politische Maßnahmen zur Einhaltung der Anforderungen der im Grundgesetz vorgeschriebenen goldenen Regel ausgelöst werden (Kasten 2). Bei diesen Vorgängen konzentriert sich die Geldpolitik auf die Lohnentwicklung und wird schnell restriktiv. Die konjunkturbedingten

wirtschaftlichen Spannungen werden deshalb recht bedeutsam. Wenn der Prozess der Entlassungen schließlich seinen Lauf genommen hat, kommt der Prozess der verzerrenden Reaktionen bis zum nächsten schädlichen Schock zur Ruhe. Wie im Bericht des letzten Jahres ausgeführt wurde, war der letzte dieser Schocks – die Wiedervereinigung – besonders verzerrend, weil er die Übereinstimmung des Konjunkturzyklus mit Deutschlands Partnern im Europäischen Wechselkursverband aufhob und sowohl durch die Entscheidung, die westdeutschen Institutionen (mit Einschluss der Arbeitskostenstrukturen) auf Ostdeutschland zu übertragen, als auch durch die politischen Verpflichtungen im Hinblick auf die WWU verschärft wurde.³

9. **In der Praxis hat der Druck des Marktes zu Modifizierungen und Anpassungen geführt, die die negativen Auswirkungen gemildert haben.** Unternehmen in Branchen mit hohen Löhnen (vor allem dem verarbeitenden Gewerbe) haben zunehmend Tätigkeiten an Branchen mit niedrigeren Löhnen vergeben – ein Phänomen, das zur Erklärung der entgegengesetzten Trends der beobachteten Konkurrenzfähigkeit im verarbeitenden Gewerbe und der Wirtschaft insgesamt beiträgt (siehe Kasten 3, Abbildung 7). Insgesamt sind die Lohnforderungen, abgesehen von einigen Ausnahmen, oft gemäßigt, namentlich während des größten Teils der 90er Jahre. Zudem wurden die Lohnverhandlungen auf lokaler Ebene flexibler geführt als man das nach den auf Bundesebene abgeschlossenen Tarifverträgen erwartet hätte, obwohl immer noch nur ein Drittel der Arbeiterschaft nicht unter Tarifverträge fällt. Die bekannteste Anpassung ist die wachsende Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse oder sogenannten „630-Mark-Jobs“, die relativ wenigen Vorschriften unterliegen (siehe unten). Die Regierung hat jedoch Schritte unternommen, um dieses und andere Ventile des Arbeitsmarktes zu schließen.

B. Derzeitige Wirtschaftslage

10. **1998 war in Deutschland die letzte Entlassungswelle abgeschlossen, und es sah nach einem Konjunkturaufschwung aus.**⁴ Stattdessen wurde der Aufschwung durch die Krise der aufstrebenden Marktwirtschaften, die die deutschen Exporte besonders schwer in Mitleidenschaft zog und das Wachstum Ende 1998 zum Stillstand brachte (Kasten 3), gestoppt. Die Folge war eine Verunsicherung der Wirtschaft, die durch die Ungewissheit

³ Infolge dieser Belastungen, mit Einschluss des kräftigen Anstiegs des realen effektiven Wechselkurses Deutschlands in Verbindung mit dem Transfer von Ressourcen nach den neuen Bundesländern, hat Deutschland hinsichtlich Wachstum und Leistung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren schlechter abgeschnitten als Frankreich. Siehe auch den Stabsbericht des Jahres 1999 für die Artikel IV-Konsultation mit Frankreich, Anhang II.

⁴ Vor kurzem wurden neue Standards für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingeführt; dadurch haben sich vorübergehend Lücken und größere Ungewissheiten bei der Interpretation von Konjunkturindikatoren ergeben.

über den politischen Kurs der Ende 1998 gewählten neuen Regierung noch verschlimmert wurde.

11. **Die Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfelds, eine Lockerung der monetären Bedingungen und größere politische Klarheit sollten in nächster Zeit einen mäßigen Aufschwung ermöglichen.** Im neuen institutionellen Rahmen der WWU haben sich die monetären Bedingungen seit Ende 1998 infolge politischer Maßnahmen und des Wertverlusts des Euro wesentlich gelockert (Kasten 4). Die Fiskalpolitik ist gemessen an konventionellen Maßstäben kurzfristig kontraktiv, doch dürfte die jüngste Klarstellung der mittelfristigen Strategie der Behörden in der Haushaltspolitik und der Steuerreform bei zügiger Durchführung die Ungewissheiten ausräumen und steigende Investitionen fördern. Insgesamt besteht weitgehend Übereinstimmung (bei den Behörden, dem Mitarbeiterstab und der Mehrzahl der privaten Analysten), dass das Produktionswachstum im zweiten Halbjahr 1999 über dem potentiellen Wachstum liegen wird und dass das BIP 1999 um rund 1½ Prozent und 2000 um etwa 2½ Prozent wachsen dürfte. Die Elemente, die für bzw. gegen das Eintreten dieser Prognose sprechen und die zuvor nach unten neigten, halten sich jetzt in etwa die Waage. Die jüngsten kurzfristigen Indikatoren der Produktion im verarbeitenden Gewerbe waren kräftiger als erwartet und lassen auf einen rascheren Aufschwung hoffen, gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr einer harten Landung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten.

12. **Während die kurzfristigen Aussichten einigermaßen günstig sind, werden die längerfristigen Aussichten nach wie vor durch Strukturprobleme und die Risiken einer weiteren Runde negativer Arbeitsmarktdynamik getrübt.** Obwohl die jüngsten Lohnregelungen (von rund 4 Prozent) in nächster Zukunft wahrscheinlich nicht zu einer weiteren Runde umfassender Entlassungen führen werden, würden weitere Runden genereller Lohnerhöhungen die Saat für eine weitere Runde von Entlassungen beim nächsten Konjunkturrückgang säen und die makroökonomischen Aussichten untergraben.

III. ERÖRTERUNG DER POLITISCHEN MASSNAHMEN

A. Übersicht

13. Bei den Konsultationsgesprächen war klar zu erkennen, dass die politischen Entscheidungsträger die Notwendigkeit erkennen, die Entwicklung Deutschlands so zu gestalten, dass die Wirtschaftsleistung verbessert wird. Ihre Strategie zeichnete sich durch einen entschlossenen Rückgriff auf traditionelle politische Ansätze aus, namentlich bei den Staatsfinanzen, aber auch bei der Verstärkung der marktwirtschaftlichen Anreize. Das gleiche Streben nach Lösung der Probleme hatte jedoch hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik weniger positive Auswirkungen, da dort die traditionellen Spannungen zwischen den sozialen und den marktwirtschaftlichen Ansprüchen der Wirtschaftsakteure der Bundesrepublik zu einer Verschärfung der Vorschriften geführt haben. Dennoch sahen wenigstens einige in diesem Ansatz die Vorbereitung für ein weitergehendes

strukturpolitisches Programm, das institutionelle Reformen angeht, das allerdings noch genauer definiert und mit Inhalt gefüllt werden muss.

14. Mit der Übertragung der geldpolitischen Zuständigkeit auf die EZB und den neuen Regelungen für die Überwachung der Politik im Euro-Raum seitens des IWF konzentrierte sich die politische Aussprache auf Haushalts- und Strukturfragen. Hinsichtlich der **monetären Bedingungen** (Kasten 4) bemerkte der Mitarbeiterstab, dass die im April von der EZB vorgenommene Lockerung der Geldpolitik Deutschland in Anbetracht seiner relativen Konjunkturlage geholfen hat (eine Produktionslücke von voraussichtlich rund 2½ Prozent im Jahr 2000, etwa einen ¾ Prozentpunkt größer als im übrigen Euro-Raum).⁵ Die Behörden, mit Einschluss von Vertretern der Bundesbank, waren der Ansicht, dass die Inflation vorerst unter Kontrolle ist und dass die Geldpolitik die deutsche Wirtschaftstätigkeit angemessen unterstützt. Die mit dem Wertverlust des Euro einhergehende Stärkung der Konkurrenzfähigkeit hat auch die negativen Auswirkungen des Exporteinbruchs gedämpft. Der Mitarbeiterstab bemerkte in diesem Zusammenhang, dass der Euro derzeit im Vergleich zu den Rahmendaten als unterbewertet gilt und deshalb die Konkurrenzfähigkeit mittelfristig vom Wechselkurs her unter Druck geraten könnte – ein weiterer Grund, die Strukturprobleme, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, konzentriert in Angriff zu nehmen. Wegen der Natur dieser Probleme wäre die traditionelle Lösung, nämlich eine Aufforderung zur generellen Zurückhaltung bei Lohnforderungen, nicht ausreichend (siehe unten).

B. Öffentliche Finanzen

15. **Als die Behörden im Juni 1999 ihr fiskalpolitisches Paket vorlegten – das die Haushaltspläne für das Jahr 2000 und die mittelfristige Periode, die entsprechenden ausgabenpolitischen Maßnahmen sowie Reformen der Unternehmensbesteuerung erfasst – wiesen sie darauf hin, dass die öffentlichen Finanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden müssen und insbesondere dem Anwachsen der Staatsschuld Einhalt geboten werden muss.** In diesem Sinn entspricht das Paket der traditionellen Betonung nominaler Zielgrößen für das Defizit zwecks mittelfristiger Erreichung eines Gleichgewichts. Zudem erfolgt die Anpassung zum großen Teil am Anfang, um erstens die im Grundgesetz verankerte Goldene Regel einzuhalten, dass die laufenden Ausgaben des Bundes nicht höher sein dürfen als die veranschlagten laufenden Einnahmen (einschließlich Privatisierung) – was im Jahr 2000 eine beträchtliche Hürde darstellt, weil etwa 18 Milliarden DM an Einnahmen aus der Privatisierung wegfallen werden. Auf der Ebene der öffentlichen Haushalte dürfte nach den Schätzungen des Mitarbeiterstabes das Defizit (ohne Privatisierungen) von knapp zwei Prozent des BIP im Jahr 1999 auf gut ein Prozent im Jahr 2000 fallen und mittelfristig auf ein ungefähres Gleichgewicht konvergieren (tabellarische Darstellung). Bei den derzeitigen Wachstumsprognosen sind die entsprechenden fiskalischen Impulse ziemlich

⁵ Über die Erörterungen des Mitarbeiterstabes mit der EZB über die Geld-, Währungs- und Wechselkurspolitik des Euro-Raumes wurde in SM/99/212, 23/8/99 berichtet.

schwach, wobei der stärkste minus 0,4 Prozent des BIP im Jahr 2000 ausmacht (Kasten 4, Tabelle 1).⁶

Deutschland: Finanzen der öffentlichen Haushalte (In Prozent des BIP)					
	1999	2000	2001	2002	2003
Einnahmen	47,1	46,9	46,5	46,1	46,2
Ausgaben	49,0	48,0	47,3	46,6	46,4
Saldo	-1,9	-1,1	-0,8	-0,5	-0,2

Quelle: Kasten 4, Tabelle 1.

16. **Der Konsolidierungseffekt des Pakets konzentriert sich ausschließlich auf die Ausgabenseite** und macht damit Raum für die von den Behörden geplanten Steuerreformen und den damit verbundenen Rückgang des Verhältnisses zwischen Einnahmen und BIP (mittelfristig um einen Prozentpunkt). Das Verhältnis zwischen Ausgaben und BIP soll nach den Prognosen um 2½ Prozentpunkte sinken. Außerdem handelt es sich bei den Kürzungen um eine Abwendung von generellen Ausgabensenkungen („Rasenmäher-Prinzip“), die bei früheren Konsolidierungsanstrengungen vorherrschend waren, und um eine Zuwendung zu gezielteren Kürzungen von Subventionen, Personalausgaben und sozialen Transfers. Die umstrittenste dieser Maßnahmen ist der Vorschlag, die Renten für die nächsten zwei Jahre auf die Preisentwicklung und nicht auf die Nettolöhne zu indexieren, eine Maßnahme, durch die das Nettorentenniveau für alle derzeitigen Rentner und alle künftigen neuen Rentner von rund 70 auf 67 Prozent gesenkt wird. Da das niedrigere Nettorentenniveau frühzeitig in Kraft tritt (und viel früher als dies nach den Plänen der vorigen Regierung für eine allmähliche Einführung eines „demografischen Faktors“ in die Rentenformel der Fall gewesen wäre), würde dieser Schritt die kalkulatorischen Verbindlichkeiten für staatliche Renten erheblich reduzieren.⁷

17. **Der Mitarbeiterstab hat das Paket sehr begrüßt, weil die Kürzungen gezielt sind, wie der Fonds es in der Vergangenheit empfohlen hat, und weil ein erneuter Anlauf zur**

⁶ In der Analyse des Mitarbeiterstabes entspricht der genaue zeitliche Verlauf der strukturellen Haushaltslage den Terminen der künftigen Einkommensteuerreformen: der Reform der Besteuerung der Unternehmensgewinne im Jahr 2001 und der Einkommensteuerreform im Jahr 2002. Die fiskalpolitischen Initiativen der Behörden werden in Kapitel II des Selected Issues Paper analysiert.

⁷ Vorläufige Berechnungen des Mitarbeiterstabes ergeben, dass diese Maßnahme die kalkulatorische Rentenverbindlichkeit Deutschlands, die sich auf schätzungsweise rund 110 Prozent des BIP beläuft, um rund ein Viertel reduzieren könnte.

Konsolidierung des Haushalts genommen wird, nachdem der Haushaltsplan für 1999 in dieser Hinsicht nicht besonders ehrgeizig war. In dieser Hinsicht stellte der Mitarbeiterstab fest, in anderen Ländern habe man die Erfahrung gemacht, dass derartige Konsolidierungen der Ausgabenseite (d. h. konzentriert auf die laufenden Ausgaben) am dauerhaftesten sind und somit Vertrauen schaffen.

18. **Es herrschte weniger Einvernehmen darüber, wie die in dem Plan festgelegten nominalen Zielgrößen des Defizits interpretiert werden sollten.** In Anbetracht der wirtschaftlichen Aussichten und der voraussichtlichen Entwicklung der Lage der öffentlichen Finanzen schien das Risiko, dass das Defizit der im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vorgeschriebenen Obergrenze von 3 Prozent des BIP nahekommmt, gering. Der Mitarbeiterstab vertrat deshalb die Ansicht, dass die Erreichung der nominalen Defizit-Zielgrößen davon abhängt, ob das Wachstum sich entsprechend den im Haushaltsplan gemachten Annahmen entwickelt und bei Abweichungen die automatischen Stabilisatoren angewandt werden. Das sei im Rahmen der WWU besonders wichtig geworden, um sicherzustellen, dass die Fiskalpolitik der einzelnen Länder die konjunkturelle Entwicklung nicht verstärkt und bei einem Konjunkturrückgang stützend wirken kann. Die Behörden räumten ein, dass dieser Gedanke dem SWP zugrunde liege, aber erst, wenn die Normen des Paktes erfüllt seien, was noch nicht der Fall sei. Sie wiesen auch darauf hin, wie schwierig es ist, in Deutschlands dezentralisiertem System der öffentlichen Haushalte die Stabilisatoren auf den unteren Regierungsebenen anzuwenden, und wie wichtig eine eindeutige Verpflichtung zu und das Erreichen von nominalen Defizit-Zielgrößen für die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen sind.

19. **Die Behörden unterstrichen, dass sie sich zu weiteren Steuerreformen verpflichtet haben.** Bei dem jetzigen System ist die Spanne zwischen dem Spitzensteuersatz und dem effektiven durchschnittlichen Satz der Einkommensteuer auf Arbeit und Kapital groß und die Bemessungsgrundlage schmal, weil es viele Steuerbefreiungen gibt, die im Gefolge der Wiedervereinigung zeitweilig ausgedehnt wurden, da das Steuersystem zur Förderung der Investitionen in den neuen Bundesländern benutzt wurde.⁸ Die erste Stufe, die im März verabschiedet wurde, senkt die Sätze der Einkommensteuer, gewährt den privaten Haushalten mittelfristige Steuererleichterungen in Höhe von rund ½ Prozent des BIP und verbreitert die Bemessungsgrundlage für Unternehmen und Haushalte (siehe Kasten 5 und Selected Issues, Kapitel II). Das Juni-Paket schlägt eine umfassende Reform der Besteuerung der Unternehmensgewinne vor, und zwar eine starke Senkung der Gesamtsteuersätze auf einbehaltene Gewinne (um rund 15 Prozentpunkte—siehe Kasten 5) und eine Abwendung vom Vollarrechnungsprinzip. In diesem Zusammenhang erklärten die Behörden, dass wegen

⁸ Insbesondere wurde die Sonderabschreibung von 50 Prozent für Sachanlagen-Investitionsvorhaben in Ostdeutschland – die zusätzlich zu normalen Abschreibungen oder Investitions-freibeträgen gewährt wurde – 1996 abgeschafft. Seit 1996 haben sich Einnahmen aus der Körperschaftssteuer und der veranlagten Einkommensteuer deutlich erhöht.

der kräftigen Zunahme der grenzüberschreitenden Kapitalströme zwischen den WWU-Ländern dem vom Markt ausgehenden Druck zugunsten einer Reform der Körperschaftssteuer nicht mehr Widerstand geleistet werden könne, und zwar aus zwei Gründen: erstens seien die Sätze der deutschen Körperschaftssteuern nach europäischen Maßstäben hoch, und zweitens sei das System der vollen Anrechnung, bei dem die Empfänger von Dividenden für die Körperschaftssteuer, die auf die ausgeschütteten Gewinne gezahlt worden ist, in voller Höhe eine auf ihre Steuerverpflichtung anrechenbare Gutschrift erhalten, immer weniger durchführbar, da die meisten anderen Länder kein solches System hätten. Die Behörden erkannten an, dass ihre Vorschläge die Rahmenbedingungen zu Gunsten der Einbehaltung von Gewinnen zwecks Finanzierung von Investitionen verschieben.⁹ Das war für sie kein Grund zur Sorge und könnte sogar die Investitionen ankurbeln; zudem hätten die meisten anderen Länder Rahmenbedingungen mit ähnlich einseitiger Ausrichtung. Der Mitarbeiterstab bemerkte, dass diese Begünstigung der Einbehaltung von Gewinnen zu einem Stau von Kapital in den Unternehmen führen kann, der sich auf die effiziente Zuteilung von Kapital negativ auswirken kann, und er setzte sich für ein neutraleres System ein. Die Behörden erkannten ebenfalls an, dass die Erweiterung der Spanne zwischen den Spitzensätzen auf einbehaltene Gewinne und persönliches Einkommen zu Forderungen nach weiteren Änderungen führen kann.

C. Arbeitsmarkt und Sozialversicherung¹⁰

20. **Die Behörden unterstrichen, dass die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes ihr oberstes politisches Anliegen ist.** In dieser Hinsicht sollen die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts, die Steuerreform und die Einhaltung der Arbeitsteilung zwischen Fiskal- und Geldpolitik das Vertrauen wiederherstellen, die Wirtschaft wieder ins Gleis bringen und die Arbeitslosigkeit reduzieren. Dieser Ansatz unterscheidet sich zwar von dem einiger Personen in Deutschland, die eine direkte Stärkung der Nachfrage befürworteten, es sei aber ein Ansatz, der früher erfolgreich gewesen sei – namentlich beim Aufschwung in den 80er Jahren – und auch jetzt wieder erfolgreich sein werde. Andererseits sei ein großer Teil der Arbeitslosigkeit zugegebenermaßen strukturell, so dass zusätzliche Maßnahmen geboten seien. Aus diesem Grunde habe die Regierung ein multilaterales Forum (das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit)

⁹ Bei der vorgeschlagenen Reform würden die einbehaltenen Gewinne mit einem Satz (Bund und Gemeinden) von insgesamt rund 38 Prozent besteuert, verglichen mit einem Satz von mehr als 50 Prozent für ausgeschüttete Gewinne.

¹⁰ Eine weitere Analyse des Hintergrunds der in diesem Abschnitt besprochenen Arbeitsmarktfragen wird in Kapitel III und IV des anliegenden Selected Issues Paper vorgelegt. In Kapitel III werden das enge Lohngefälle und die stabile Lohnstruktur in Deutschland, die sich aus den gegenwärtigen Verhandlungsstrukturen ergeben haben, dokumentiert; Kapitel IV analysiert die Rolle von Steuer- bzw. Transferänderungen zur Ergänzung der institutionellen Arbeitsmarktreform.

eingrichtet, um Anregungen zu geben und einen Konsens zu erreichen. Die Arbeit des Bündnisses befinde sich aber noch ziemlich im Anfangsstadium, und die auf dem Verhandlungsprogramm stehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften müssten noch beigelegt werden; auch innerhalb der Regierung gebe es noch keine Einigung über den erforderlichen Umfang der Reformen. Einstweilen führten die Behörden weiterhin verschiedene aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Arbeitslose durch, darunter eine neue Initiative zur Schaffung von 100.000 Lehr- und Arbeitsstellen für Jugendliche. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Anfang 1998 ist vor allem diesen Maßnahmen und denen der vorigen Regierung zu verdanken.

21. Die Behörden räumten ein, dass die hohen Lohnnebenkosten, die ein Erbe der Vergangenheit sind, gesenkt werden müssen, und haben eine Reihe von Schritten unternommen, um Raum für eine Senkung der Sozialabgaben zu schaffen. Erstens wurden Maßnahmen getroffen, um die Ausgaben für Sozialleistungen in Grenzen zu halten, insbesondere indem die Renten in den nächsten zwei Jahren auf die Preise und nicht auf die Nettolöhne indexiert werden. Zweitens hat sich die Regierung auf eine Gegenfinanzierung durch Umweltsteuern festgelegt, bei der höhere Ökosteuern (auf Mineralöl und Strom, die vorwiegend von Haushalten erhoben werden) zur Finanzierung einer generellen Kürzung der Sozialabgaben verwendet werden. Der erste Schritt der Ökosteuerreform trat im April in Kraft, und ein zweiter wurde in dem Juni-Paket angekündigt. Die Behörden hielten eine derartige Gegenfinanzierung für sinnvoll, um dem bislang unaufhaltsamen Anstieg der Sozialabgaben Einhalt zu gebieten, räumten jedoch ein, dass die Behauptung, die Gegenfinanzierung werfe eine „doppelte Dividende“ ab – eine bessere Umwelt und eine Senkung der übermäßigen Steuerlast – vielleicht übertrieben ist, da die vom Verbrauch abhängigen Ökosteuern letzten Endes hauptsächlich von den Arbeitnehmern getragen werden. Zur Stabilisierung der Beitragssätze zur Krankenversicherung werden die Ausgaben für medizinische Leistungen nominalen Obergrenzen unterworfen und die wachsende Nachfrage durch Erhöhung der Effizienz gedeckt.¹¹ Diese Initiativen zur Senkung oder zumindest Stabilisierung der Beitragssätze werden ergänzt durch Aufforderungen zu insgesamt zurückhaltenden Lohnforderungen, wobei sich die Regierung auch weiterhin aus Lohnverhandlungen heraushält.

22. Die Behörden haben auch vorläufige Vorschläge für eine allgemeine Rentenreform entwickelt, die der erste Schritt zur Einrichtung eines auf mehreren Säulen beruhenden Rentensystems wäre. Die gegenwärtige umfassende Säule des staatlichen Rentensystems würde durch eine weitere Säule in Form einer privaten Rentenpflichtversicherung ergänzt, um die künftigen Belastungen des staatlichen Systems und die damit einhergehenden weiteren Erhöhungen der Sozialabgaben zu reduzieren (insbesondere wegen der Prognose für die Alterung der Bevölkerung ab 2010). Bei der vorgeschlagenen privaten Rentenversicherung würden die Arbeitnehmer Pflichtbeiträge – die

¹¹ Maßnahmen bezüglich der Gesundheitskosten werden im Economic Survey of Germany der OECD für das Jahr 1999 im Einzelnen analysiert.

von 0,5 Prozent des Bruttoverdiensts beginnend im Jahr 2003 auf insgesamt 2,5 Prozent des Bruttoverdiensts bis 2007 ansteigen würden – in eine private Rentenkasse einzahlen, die eventuell mit steuerlichen Anreizen kombiniert werden. Der Vorschlag sei jedoch aufgrund der Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen der niedriger bezahlten Arbeitnehmer umstritten, weil es sich um eine Pflichtversicherung handelt; im Rahmen des Bündnisses für Arbeit seien deshalb weitere Besprechungen geplant. Die Regierung will jedoch nach wie vor eine private Rentenversicherung einrichten und ihre endgültigen Vorschläge bis Ende dieses Jahres vorlegen.

23. Die generellen Maßnahmen der Behörden zur Stärkung der Anreize auf dem Arbeitsmarkt wurden durch andere, weniger vorteilhafte Maßnahmen ergänzt. Der bedeutsamste dieser Schritte ist eine beträchtliche Verschärfung der Bestimmungen über die Beschäftigungsverhältnisse mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von 630 DM. Diese Teilzeitstellen, die durch Schwellen für die Arbeitszeit und das Einkommen definiert werden, waren von Sozialbeiträgen befreit und unterlagen nur einem niedrigen pauschalen Steuersatz, und ihre Zahl war rasch gestiegen.¹² Die Behörden erklärten, dass Ungerechtigkeiten wie die Behandlung der Arbeitnehmer, die eine geringfügige Beschäftigung als Nebentätigkeit ausüben, im Vergleich zu den Arbeitnehmern, die in einem regulären Arbeitsverhältnis Überstunden machen, ausgeglichen werden müssen. Deshalb sei die frühere Einkommensteuerpauschale abgeschafft worden, und die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse seien nun (zu einem ermäßigten Satz) sozialversicherungspflichtig; diese Neuregelung lasse die Besteuerung der ersten geringfügigen Tätigkeit einer Person unverändert, ermögliche es jedoch den Steuerbehörden, die Personen zu erfassen, die Löhne aus geringfügigen Beschäftigungen empfangen und Lohnsteuer zu den entsprechenden Grenzsteuersätzen einzuziehen. Diese neue Politik ist zwar vom Standpunkt der Finanzämter und der Gerechtigkeit nicht unvernünftig, bedeutet aber eine erhebliche Verteuerung der Arbeitskräfte auf der unteren Stufe, eine erhebliche Verringerung der Anreize für geringfügig Bezahlte, überhaupt zu arbeiten – sobald sie 631 DM verdienen, steigen die Sozialabgaben um 130 DM – und generell eine Verschärfung der Regelung der einzigen dynamischen Nische des Arbeitsmarktes. Außerdem machte die neue Koalition Ende 1998 zwei Arbeitsmarktinitiativen der vorigen Regierung (die den Kündigungsschutz gelockert und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekürzt hatte) wieder rückgängig.

¹² Es handelt sich dabei um Arbeitsverhältnisse mit einer Arbeitszeit unter 15 Wochenstunden und einem monatlichen Arbeitsentgelt unter einer Schwelle von zur Zeit 630 DM or etwa einem Sechstel des durchschnittlichen monatlichen Bruttolohns. Vor April 1999 waren diese Beschäftigungsverhältnisse von Beiträgen zur Sozialversicherung befreit und unterlagen einer Lohnsteuerpauschale, die an der Quelle einbehalten wurde. Es wird geschätzt, dass die Gesamtzahl dieser Beschäftigungsverhältnisse bis 1997 auf über 5 Millionen (mehr als 10 Prozent der Beschäftigten) gestiegen war; in vielen Fällen waren sie eine zweite Tätigkeit, und es kam auch häufig vor, dass Personen mehrere geringfügige Arbeitsverhältnisse hatten.

24. **Abgesehen von diesen Aspekten fand der Mitarbeiterstab die generellen Maßnahmen zur Senkung der Besteuerung der Arbeit angemessen und sinnvoll, er war jedoch der Auffassung, dass sie insgesamt wahrscheinlich nicht zu einer dauerhaften und nachhaltigen Senkung der strukturellen Arbeitslosigkeit führen oder bei künftigen Schocks Entlassungen verhüten können.** Diese Maßnahmen können die Verbindung zwischen Lohnsolidarität, Parität und garantiertem Mindesteinkommen, die die Ursache vieler der heutigen Schwierigkeiten ist, darunter die hohen Sozialabgaben, nicht aufheben. Nach der Auffassung des Mitarbeiterstabes sind weniger allgemeine Maßnahmen geboten als vielmehr gezielte Maßnahmen, die die offenkundigen Probleme am unteren Ende des Arbeitsmarktes angehen und damit einen dauernden Beitrag zur Anhebung der Beschäftigung sowie zum längerfristigen Wachstum der Wirtschaft leisten.

25. **Die Herausforderung bestehe darin, Tarifverhandlungsinstitutionen einzurichten, die die Arbeitskosten und die Produktivität der weniger qualifizierten Arbeitskräfte in bessere Übereinstimmung bringen, zu einem von mehreren Säulen getragenen Sozialversicherungssystem überzugehen, das nicht am unteren Ende des Arbeitsmarktes sehr hohe Sozialabgaben verlangt, und die Arbeitsanreize für die schlechter Bezahlten zu erhöhen.** Anderen europäischen Ländern mit nicht unähnlichen Problemen sei es gelungen, neue Sozialordnungen zu schaffen, die die Leistung des Arbeitsmarktes wesentlich verbessert haben, oder sie hätten seit langer Zeit bestehende Arbeitsmarktinstitutionen, die Arbeitsmarktprobleme unter Kontrolle halten (Kasten 6). In diesem Sinn schien das Bündnis für Arbeit eine vielversprechende Gelegenheit für eine neue Sozialordnung in Deutschland zu bieten. Nach Ansicht des Mitarbeiterstabes müssten zu diesem Zweck bisher verfochtene Positionen aufgegeben werden: die "Lohnsolidarität" müsste von einer stärkeren Differenzierung der Arbeitskosten abgelöst werden, bei der die Löhne am unteren Ende kaum, wenn überhaupt, steigen; Konzept und Umfang des Sozialversicherungssystems müssen geändert werden, wobei die Regierung (und die Sozialpartner) eine stärker gestaffelte oder progressivere Struktur der Sozialabgaben sowie eine Reduzierung der jetzt dominierenden Säule der staatlichen Versicherung akzeptieren (die stärker diversifizierten Sozialversicherungssysteme der Niederlande oder der Schweiz könnten ein Vorbild sein), und die Vorschriften über die Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen verschärft werden (dieser Ansatz war in Dänemark erfolgreich).

26. Wie oben erwähnt, wurden diese Ansichten, wie das generell schon vor einem Jahr der Fall war, von den Gesprächspartnern des Mitarbeiterstabes bestenfalls mit Zurückhaltung aufgenommen. Es wurden verschiedene Bedenken geäußert:

- Manche waren der Ansicht, der Mitarbeiterstab befürworte eine rein vom Markt bestimmte Lösung, die nicht auf die Situation in Deutschland zugeschnitten ist und zu einer unangemessenen und unerwünschten Verlagerung der Einkommensverteilung führen würde. Der Mitarbeiterstab reagierte darauf, indem er die Relevanz der Initiativen und Erfahrungen anderer europäischer Länder – die die Behörden ihren Aussagen zufolge sorgfältig prüfen – für die deutschen Verhältnisse betonte. Es gehe nicht um die sozialen Ziele hinsichtlich der Einkommensverteilung, sondern darum,

ob diese Ziele gemeinsam mit denjenigen für Wachstum und Beschäftigung am besten durch das Steuer- und Transfersystem oder durch den Arbeitsmarktmechanismus erreicht werden können.

- Einige meinten, bei den deutschen Verhältnissen sei nicht klar bewiesen, dass eine stärkere Differenzierung der Löhne und Arbeitskosten diesen Problemen abhelfen würde. Nach Ansicht des Mitarbeiterstabes haben aber die Erfahrungen anderer Länder bewiesen, dass der Preismechanismus wesentlich für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme ist und dass Experimentieren gerechtfertigt ist. Erstens wiesen der Umfang und die Zusammensetzung der in Deutschland abgebauten Arbeitsplätze eindeutig darauf hin, dass die Kosten der wenig qualifizierten Arbeitskräfte ein Problem darstellen. Zweitens sei die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und den Niederlanden viel niedriger als in Frankreich, ein Land, das keine Regelungen besitzt, die es ermöglichen, für Jugendliche ein geringeres Entgelt zuzulassen. Drittens schienen die durchgreifenden und neuerdings erweiterten Maßnahmen der französischen Behörden, um die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, die für den Mindestlohn oder für nicht viel mehr arbeiten, systematisch zu senken, die Beschäftigung zu fördern.
- In dieser Hinsicht äußerten die Steuerbehörden Bedenken bezüglich der fiskalischen Folgen einer Beitragsermäßigung und meinten, dass die Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme ein wirksameres Vorgehen wäre. Der Mitarbeiterstab pflichtete bei, dass derartige Maßnahmen ebenfalls wesentlich sind. Wie Deutschlands gemischte Erfahrungen mit gezielten Lohnsubventionen gezeigt haben,¹³ müssten sich die Maßnahmen sowohl auf die Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme als auch der Anreize zu Neueinstellungen konzentrieren.¹⁴ Ersteres würde die Verschärfung der Vorschriften über die Anspruchsberechtigung (und die damit verbundene Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften) und den allmählichen Entzug der Leistungen bei Wiedereintritt in die Erwerbsbevölkerung erfordern. Andererseits würden aber Maßnahmen auf der Angebotsseite allein das Problem auch nicht lösen. Die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Erwerbsbevölkerung würde auch Maßnahmen zur Erhöhung der Nachfrage nach ihrer Arbeit erfordern. Von diesem Standpunkt könnte eine deutliche Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung für dieses Segment des Markts in Verbindung mit dem Konjunkturaufschwung und flexibleren Lohn- oder Beschäftigungsstrukturen dem Prozess eine Starthilfe geben. Dies würde in der Tat fiskalische Folgen haben, die sorgfältig in Erwägung gezogen werden müssen. Insbesondere sollte eine Regelung, die für den Haushalt sehr teuer ist

¹³ Eine Beurteilung dieser Erfahrungen findet sich im letzten OECD Economic Survey of Germany.

¹⁴ Siehe auch das Selected Issues Paper, Kapitel IV.

und den künftigen Fortschritt zu einer Senkung der gesamten Steuerlast und Arbeitskosten behindert, nur im Rahmen eines umfassenden Pakets eingeführt werden, das einigermaßen feste Zusicherungen über die mittelfristigen Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum und folglich auf die Haushaltskonten und die Steuerlast besitzt.

- Ein in den Besprechungen regelmäßig wiederkehrendes Thema war schließlich, dass sich die deutschen Institutionen auf eine klare Kompetenzenverteilung und elementare Grundsätze stützen, wie zum Beispiel: für Lohnverhandlungen sind die Sozialpartner zuständig, nicht die Regierung, und die Sozialleistungen richten sich nach den Sozialversicherungsbeiträgen. Der Mitarbeiterstab argumentierte, dass diese Traditionen und Institutionen zwar isoliert betrachtet sinnvoll erscheinen, dass sie im Ganzen jedoch nicht mehr gut funktionieren. Insgesamt zeitigten sie negative externe Effekte - zunehmende Arbeitslosigkeit und schwächeres Wachstum -, die korrigiert werden müssten. Es bestehe die wirkliche Gefahr, dass die Debatte immer mehr polarisiert werde, was zu Teilregelungen führe, die hauptsächlich die Interessen der höher qualifizierten Arbeitskräfte vertreten (siehe Kasten 1) und die zugrundeliegenden Probleme verschlimmern (wie im Falle der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse). Nötig sei vielmehr, dass man sich gemeinsam darüber klar wird, dass dieses Problem alle angeht und jeder der Hauptakteure in einer Weise, die unter Umständen seine traditionelle Rolle erweitert, einen Beitrag zur Lösung leisten muss.

D. Sonstige Fragen

27. **Die Behörden verwiesen auf wichtige Reformen auf den Produktmärkten, die noch nicht abgeschlossen sind, aber bereits Früchte tragen, erkannten aber an, dass noch viel zu tun ist.** Deutschland sei den Vorgaben der EU bezüglich Deregularisierung der **Energiemärkte** weit voraus; das Energiegesetz vom April 1998 mache das Stromversorgungssystem für dritte Anbieter zugänglich und verschärfe damit den Wettbewerb, mit der Folge, dass die Strompreise in einigen Fällen bis zu 20 Prozent gefallen sind. Die Liberalisierung der **Telekommunikation** hatte noch dramatischere Preissenkungen zur Folge (manche Telefongebühren sind seit 1997 um 85 Prozent gesunken). Die Verfahren des **öffentlichen Auftragswesens** wurden 1998 neu geregelt, um die Teilnahmebedingungen zu vereinfachen und die Angebotsabgabe transparenter zu gestalten. Die Auswirkungen der 1996 vorgenommen Teilliberalisierung der **Ladenöffnungszeiten** (die immer noch zu den restriktivsten in Europa gehören) würden im Hinblick auf eine weitere Lockerung untersucht; dies sei nach wie vor eine Streitfrage, besonders bei den Gewerkschaften. Die Regierung ist nach wie vor zu einer aktiven **Privatisierung** entschlossen: für das Jahr 2000 sind weitere Verkäufe der staatlichen Beteiligung an der Deutschen Telekom (die zur Zeit zu 72 Prozent in Staatsbesitz ist) und die Privatisierung der Deutschen Post vorgesehen. Ferner ist die künftige Privatisierung von Bahn, Wohnungen und Flughäfen geplant. Gleichzeitig wurde

anerkannt, dass die vielen **Vorschriften** die Wirtschaft schwer belasten und dass Unternehmensgründungen mit beträchtlichen Hindernissen zu kämpfen haben¹⁵.

28. Das **Finanzsystem**¹⁶ ist nach Ansicht der Behörden solide. Der Sturm in den aufstrebenden Marktwirtschaften ist überstanden, doch haben die im Ausland tätigen deutschen Banken dort immer noch einige der höchsten Engagements unter den Industrieländern. Nach dem Stand vom Juli 1999 entfielen auf deutsche Banken mehr als die Hälfte des Gesamtengagements in Russland (25 Milliarden \$), die höchsten Engagements in anderen osteuropäischen Ländern (19,5 Milliarden \$) und das zweithöchste Engagement in Brasilien (5,1 Milliarden \$). Wegen dieser Engagements könnte das Finanzsystem zwar anfällig sein, doch wiesen die Behörden darauf hin, dass die Rückstellungen für das Länderrisiko aufgestockt worden sind, viele Kredite (insbesondere an Russland) eine Bürgschaft des Bundes enthalten und die Jahresabschlüsse aller deutschen Banken für das Jahr 1998 einen Anstieg des Jahresgewinns ausweisen.¹⁷ Im Inlandsgeschäft haben manche deutsche Banken bei Krediten für gewerbliche Immobilien und Bauvorhaben, vor allem in Ostdeutschland, Verluste erlitten, die höher als erwartet waren, und das Potential für eine Verschlechterung der Bonität bereitet den Banken, den Kreditauskunfteien und der Bankenaufsicht Sorgen. Dieses Risiko ist jedoch schwer einzuschätzen, weil es keine Statistiken gibt, die die Kreditvergabe regional aufschlüsseln, und die Banken nicht verpflichtet sind, detaillierte Angaben über die Qualität ihres Kreditportefeuilles zu veröffentlichen. Der deutsche Aktien- und Wohnungsmarkt war ruhig, Anzeichen eines übersteigerten Preisauftriebs bei Vermögenswerten gab es nicht.

29. Das deutsche **Bankwesen** ist teils infolge der Einführung der WWU, aber auch infolge des allgemeinen Trends zur Globalisierung der Finanzmärkte einem schärferen Wettbewerb ausgesetzt. Die Behörden teilten die Ansicht, dass Deutschland selbst mit der stetigen Konsolidierung der Kreditgenossenschaften immer noch zu viele Banken hat und die deutschen Banken effizienter werden müssen, damit sie mit der Konkurrenz innerhalb und außerhalb Europas Schritt halten können. Die Mission erkundigte sich, ob die Steigerung der Effizienz durch die Begrenzung der Beteiligung freier Aktionäre an den Landesbanken und Sparkassen (die der öffentlichen Hand gehören) und den Kreditgenossenschaften (die

¹⁵ Gemäß dem Economic Survey der OECD über Deutschland aus dem Jahre 1998 sind die Unternehmen allein auf Bundesebene 80.000 Verordnungen unterworfen, wobei auf den unteren Regierungsebenen noch weitere Verordnungen hinzukommen.

¹⁶ Die Entwicklungen im deutschen Finanzsystem sind in Kapitel V des Selected Issues Paper analysiert.

¹⁷ Der größte Teil der Forderungen der Banken, einschließlich der Forderungen an Nicht-Gebietsansässige, lauten auf Landeswährung. Was Russland anbelangt, sind 16 Milliarden DM (25 Prozent der deutschen Bankkredite an Russland) verbürgte Kredite der ehemaligen Staatsbank der DDR.

Genossenschaften gehören) gebremst worden ist, und über die Auswirkungen staatlicher Bürgschaften, die die Kapitalkosten der Landesbanken senken, auf den Wettbewerb und Fusionsanreize.

30. Die Behörden erwiderten, ihrer Ansicht nach erfüllten die Landesbanken und Sparkassen einen berechtigten öffentlichen Zweck, der sonst in einem Klima des Wettbewerbs nicht erfüllt werden könnte, weshalb die Bürgschaften der öffentlichen Hand weiterhin gerechtfertigt seien. In diesem Zusammenhang befürchteten sie eine negative Entscheidung der EU über die Kapitalisierung einer der 12 Landesbanken.¹⁸ Die Behörden waren weiter der Ansicht, dass die Effizienz des Bankwesens ohne wesentliche Änderung der derzeitigen relativ fragmentierten Form der Branche gesteigert werden könnte und wiesen darauf hin, dass diese Regelung nur wenige Episoden von Instabilität gezeitigt und seit den 30er Jahren keine Mittel der Steuerzahler benötigt hat. Der Mitarbeiterstab bemerkte, diese Argumente seien berechtigt, doch sei es schwierig, die Effizienz festzustellen, mit der die Landesbanken und Sparkassen tatsächlich ihre öffentliche Aufgabe erfüllen. Zum Beispiel ist die Rechnungslegung über regionale Entwicklungskredite und über die Frage, inwieweit diese Art von Krediten subventioniert wird, nicht ohne weiteres durchschaubar. Ferner ist aus ihren Jahresberichten eindeutig ersichtlich, dass die Landesbanken mit anderen privaten Geschäftsbanken in direktem Wettbewerb stehen, da sie innerhalb und außerhalb der Länder, die sie vertreten, an die gleiche Kundschaft Kredite vergeben.

31. Die neue Koalitionsregierung übernahm weitgehend die an drei Fronten ansetzenden Maßnahmen ihrer Vorgängerin zur **Förderung der Konvergenz Ostdeutschlands**: Aufbau einer modernen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, ein zeitlich begrenztes (bis 2004) Programm zur Förderung der Investitionen, hauptsächlich im verarbeitenden Gewerbe, sowie die Fortsetzung eines breit angelegten aktiven Arbeitsmarktprogramms, das etwa 12 Prozent der ostdeutschen Arbeitskräfte erfasst. Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit konzentriert sich eine separate Arbeitsgruppe auf neue politische Strategien für Ostdeutschland.

32. Hinsichtlich der **Außenhandelspolitik** erkannten die Behörden an, dass die letztendlich erzielte Einigung, die Gemeinsame Agrarpolitik im Rahmen der Agenda 2000 zu reformieren, hinter den früher von den EU-Landwirtschaftsministern angekündigten Vorschlägen zurückgeblieben ist; das sei bedauerndswert, entspreche aber den Realitäten einer Verhandlung mit vielen Facetten. Die **öffentliche Entwicklungshilfe** Deutschlands, die zur Zeit 0,28 Prozent des BIP ausmacht, soll nach dem Haushaltsplan mittelfristig leicht zurückgehen.

¹⁸ Die Generaldirektion der EU-Kommission für Wettbewerb hat später gegen die West LB (die größte der Landesbanken) entschieden, die an einem früheren Datum vom Staat eine zinsvergünstigte Kapitalspritze erhalten hatte. Weitere Einzelheiten sind Kapitel V des Selected Issues Paper, Kasten 2 zu entnehmen.

33. Nach unabhängiger Beurteilung der Vorbereitung auf die Computer-Umstellung für das **Jahr 2000** liegt Deutschland unter den Industrieländern etwa in der Mitte. Die Behörden rechnen nicht damit, dass der Bund große Schwierigkeiten haben wird; beim Privatsektor ist die Lage unterschiedlich (die größeren Firmen haben einen Vorsprung), doch wird damit gerechnet, dass die große Mehrheit die nötigen Arbeiten rechtzeitig abschließen wird und keine größeren Störungen eintreten werden.

IV. BEURTEILUNG SEITENS DES MITARBEITERSTABES

34. **Die kurzfristigen Aussichten Deutschlands sind ziemlich gut, was zum Teil einer entschiedeneren makroökonomischen Politik zu verdanken ist, doch sind die mittelfristigen Aussichten wegen der anhaltenden Strukturschwächen weniger gut.** Falls nicht ein neuer Anlauf genommen wird, um das Funktionieren des Arbeitsmarkts zu verbessern, besteht die Aussicht, dass das Wirtschaftswachstum weiterhin nicht optimal sein wird und weitere Arbeitsplätze abgebaut werden. Eine derartige Wirtschaftsleistung würde nicht nur Deutschland, sondern auch den Volkswirtschaften Europas und der Welt schaden.

35. **Nach einer anfänglichen Zeit der Ungewissheit haben neuerliche Initiativen im Fiskalbereich der makroökonomischen Strategie der Regierung Klarheit und Richtung verliehen.** Mit dem Abklingen des Schocks der Wiedervereinigung und der Krise der aufstrebenden Marktwirtschaften und einer Geldpolitik, die die Wirtschaftstätigkeit stützt und für die derzeitigen deutschen Verhältnisse angebracht ist, sind die Voraussetzungen für eine Periode schnelleren, über dem potentiellen Wachstum liegenden Wachstums geschaffen.

36. **Umfang, Tempo und insbesondere Zusammensetzung des Fiskalpakets der Regierung für das Jahr 2000 und danach sind richtig.** Das Paket bestätigt erneut die Entschlossenheit der Bundesrepublik zur Konsolidierung des Haushalts und setzt damit im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein klares, positives Beispiel für Deutschlands Partner in der WWU. Da sich die mittelfristige Haushaltslage inzwischen nahezu im Gleichgewicht befindet, sollte Deutschland seinen Schwerpunkt auf die Zielsetzung der nominalen Haushaltsdefizite unabhängig von der Konjunktorentwicklung überdenken. Es sollte eine konjunkturell angepasste mittelfristige Haushaltspolitik entwickeln und den Einsatz von automatischen fiskalischen Stabilisatoren ermöglichen, wenn das Wachstum von den Haushaltsprognosen abweicht

37. **Am begrüßenswertesten unter den finanzpolitischen Maßnahmen der Behörden ist die Betonung der Steuerreform und gezielter Ausgabenkürzungen.** Letztere sind wesentlich, sowohl um dem Programm insgesamt Glaubwürdigkeit zu verleihen, als auch insbesondere um den steilen Anstieg der Lohnnebenkosten und besonders der Sozialabgaben, der die Probleme der weniger qualifizierten Arbeitskräfte verschärft hat, aufzuhalten und umzukehren. Die positiven Anreizeffekte der Steuersenkungen, die durch die Ausgabenkürzungen ermöglicht werden, werden durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zur Gegenfinanzierung beträchtlicher Senkungen der gesetzlichen Steuersätze erweitert. Es bleibt noch viel zu tun, namentlich bei der Einkommensteuer, bei

der die Steuersätze nach wie vor relativ hoch sind; und die Politik sollte sich deshalb weiterhin auf Zurückhaltung bei den Ausgaben konzentrieren, die Raum für weitere Senkungen der Steuern und Sozialabgaben schaffen würde.

38. So begrüßenswert sie auch sind, diese Maßnahmen werden wahrscheinlich nicht ausreichen, um eine anhaltende Senkung der Arbeitslosigkeit und eine größere Widerstandsfähigkeit der Wirtschaftsleistung bei Schocks zu gewährleisten. Während die Reduzierung der hohen Arbeitssteuern und Sozialabgaben dem allgemeinen Ablauf der Wirtschaft dienlich sein wird, reichen diese Maßnahmen allein nicht aus, um die ungünstige Dynamik zu korrigieren, die sich einerseits daraus ergibt, dass die Produktivität der qualifizierten Arbeitskräfte schneller steigt als die der unqualifizierten Arbeitskräfte und letztere einfacher durch Kapital zu ersetzen sind, und andererseits daraus, dass das Solidaritäts- und Paritätsprinzip die Struktur der Arbeitskosten starr festlegt. Deshalb wird wie in der Vergangenheit die innere Schwäche des Arbeitsmarktes wahrscheinlich mit fortschreitender Erholung der Wirtschaft allmählich zunehmen und schließlich entweder wegen des Lohndrucks der besser ausgebildeten Arbeitskräfte oder eines exogenen Schocks eine Krise eintreten. Die Aussichten sind in jedem Fall bekannt: Abbau von Arbeitsplätzen, steigende Arbeitslosigkeit, Druck auf die öffentlichen Finanzen und erneute Konsolidierung und – falls die deutschen Lohnentwicklungen in anderen WWU-Ländern Demonstrationseffekte auslösen – eine Verschärfung der Geldpolitik.

39. Deshalb müssen die Maßnahmen über die Umkehr der bisherigen Auswirkungen dieser Dynamik hinausgehen und ihre Ursachen bei den Arbeitsmarktinstitutionen in Deutschland direkt angehen. In dieser Hinsicht sind zwei Initiativen der Regierung – das Bündnis für Arbeit und die systematischen Bemühungen, von den Erfahrungen anderer europäischer Länder zu lernen –, der Ausgangspunkt für eine umfassende kritische Bestandsaufnahme, die erforderlich ist und aktiv verfolgt werden sollte. Die Erfahrungen anderer europäischer Länder geben folgende zweckdienliche Hinweise:

- Die Probleme Deutschlands gibt es in ganz Europa, sie sind aber von den Ländern, die sie erfolgreich gelöst haben, ihren eigenen Umständen entsprechend auf ganz verschiedene Art angegangen worden. Wirksame Lösungen für Deutschland müssen dementsprechend die besonderen Umstände und Institutionen im eigenen Land berücksichtigen.
- Die erfolgreicheren Länder waren in der Regel kleiner als Deutschland und/oder hatten zentralisiertere (Dänemark und die Niederlande) oder dezentralisiertere (Schweiz) Institutionen als Deutschland. Da sich Deutschland sozusagen auf halbem Wege befindet, sollte das Bündnis für Arbeit beschränkte korporatistische Ansätze meiden, die zu einfachen Lösungen führen können – z.B. Lohnzurückhaltung als Gegenleistung für den vorzeitigen Ruhestand –, die bestenfalls sehr kurzfristige Vorteile bringen. Stattdessen müssen die Hauptakteure den Sachverhalt aus einem breiteren Blickwinkel betrachten und die mit den derzeitigen Institutionen verbundenen negativen externen Effekte erkennen.

- Politische Maßnahmen sind in Europa mindestens genauso oft fehlgeschlagen wie gelungen. Ein umfassender Ansatz, der die Fragen der Anreize unter allen Blickwinkeln, auch der längerfristigen Aspekte, angeht, ist entscheidend. In der Regel zahlt letzten Endes immer der Staat einen Teil der Rechnung, beispielsweise in Form niedrigerer Beiträge zur Sozialversicherung. Das lohnt sich, wenn es den Weg für dynamische Anpassungen ebnet, die sichere Aussichten auf eine mittelfristige Anhebung der Beschäftigung und des Wachstums bieten. Wegen der Zersplitterung der deutschen Entscheidungskompetenzen sind Fortschritte bei kooperativen Lösungen für den Arbeitsmarkt unwahrscheinlich, sofern nicht der Staat eine führende Rolle übernimmt.

40. Der Kern des Problems sind Institutionen des Arbeitsmarktes, denen es nicht gelingt, die Arbeitskosten der wenig Qualifizierten ihrer Produktivität anzugleichen, sowie unzureichende Anreize für das Arbeitskräfteangebot. Deshalb sind die folgenden Maßnahmen die wichtigsten Bestandteile eines geeigneten Pakets:

- Reduzierung der Arbeitskosten der weniger qualifizierten Arbeitskräfte, und zwar sowohl durch niedrigere (gestaffelte) Sozialabgaben als auch durch größere Flexibilität bei der Festsetzung der Löhne und der Nebenkosten;
- Verschärfung der Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung auf Leistungen des sozialen Sicherheitsnetzes, um die Arbeitslosen zur Arbeitsaufnahme anzuspornen;
- Einkommensgarantien in der Form von Leistungen für schlechter bezahlte Arbeitnehmer während des Arbeitsverhältnisses, die beispielsweise durch allmählichen Entzug von Leistungen oder durch Steuergutschriften für Einkünfte aus Erwerbstätigkeit gewährt werden;
- Übergang zu einem weniger umfassenden öffentlichen Sozialversicherungsschutz durch die Entwicklung einer privaten Sozialversicherungssäule, wie im Haushaltspaket vom Juni angedeutet;
- und eine Fiskalpolitik, die die Finanzierung des Pakets innerhalb eines zumindest mittelfristig unveränderten Haushaltsrahmens ermöglicht.

41. Die Arbeitsmarktstrategie sollte durch weitere Reformen des Gütermarktes ergänzt werden. Die vor kurzem vorgenommene Liberalisierung, insbesondere in der Energie- und Telekommunikationsbranche, wird begrüßt und hat bereits zu kräftigen Preissenkungen geführt. Es sind aber weitere Maßnahmen zur Reduzierung der großen Anzahl gewerblicher Vorschriften, zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Unternehmensgründungen, zur Förderung einer in stärkerem Maße dienstleistungsorientierten Kultur (wozu auch eine weitere Liberalisierung der Ladenschlusszeiten gehört) und zur Privatisierung von Unternehmen, insbesondere auf den unteren Stufen der öffentlichen Hand, erforderlich.

42. Obwohl die jüngsten Turbulenzen in den aufstrebenden Marktwirtschaften dazu geführt haben, dass die Gewinne unstetiger ausfielen und mehr auf Bonität geachtet wird, haben die im Ausland tätigen **Banken** ihre Rückstellungen für das Länderrisiko aufstrebender Marktwirtschaften erhöht, obwohl die Kreditvergabe an diese Länder weiter zunahm. Die für gewerbliche Immobilien gewährten Bankkredite können jedoch, besonders in Ostdeutschland, problematischer sein, und die Behörden sollten bei der Beurteilung dieser Risiken Umsicht walten lassen. Deshalb sollten die Kreditrisiken der Banken durch Bekanntgabe der Höhe der notleidenden Kredite und der Rückstellungen, zumindest für das Bankwesen insgesamt, durchschaubarer werden. Die vor kurzem eingeführten gezielten Inspektionen der Aufsichtsbehörden, die vor Ort überprüfen, wie die Banken das Marktrisiko verwalten, werden begrüßt und könnten auf andere Gebiete ausgedehnt werden. Maßnahmen, die die Besitzstrukturen der Banken dem Druck des Marktes aussetzen (so dass sie als Unternehmen schärfer überwacht werden) und für alle Kreditinstitute eine ebene Spielfläche schaffen würden, wären zwecks Steigerung der Effizienz des Finanzwesens wünschenswert.

43. Deutschland liefert dem Fonds Daten, die für die Überwachung adäquat sind. Die deutsche **Wirtschaftsstatistik** befindet sich, u. a. wegen der begrüßenswerten Einführung neuer europäischer Standards der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, im Übergang, und es haben sich vorübergehend Lücken ergeben. Die jetzige Revision der Einkommens- und Arbeitsmarktstatistiken sollte deshalb so bald wie möglich zum Abschluss gebracht werden.

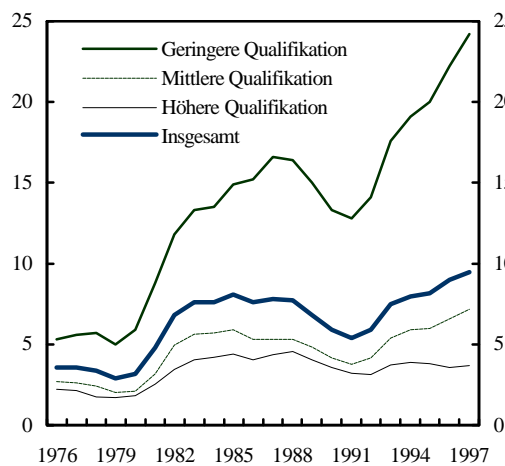
44. Deutschland spielt bei der Stärkung der Initiative für die hochverschuldeten armen Länder (HIPC-Initiative) eine führende und lobenswerte Rolle. Es wäre wünschenswert, dass die geplanten Senkungen der **öffentlichen Entwicklungshilfe** in den kommenden Jahren rückgängig gemacht werden. Den Behörden wird auch nahegelegt, für eine Reduzierung des immer noch hohen Protektionismus in der Landwirtschaft in der EU einzutreten, insbesondere im Zusammenhang mit den anstehenden **WTO**-Verhandlungen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

45. Die Teilnahme Deutschlands an dem Pilotprojekt zur Veröffentlichung der Stabsberichte über die Artikel IV-Konsultationen wird begrüßt. Es wird vorgeschlagen, dass der übliche Artikel IV-**Konsultationszyklus** mit Deutschland beibehalten wird und Konsultationen alle 12 Monate stattfinden.

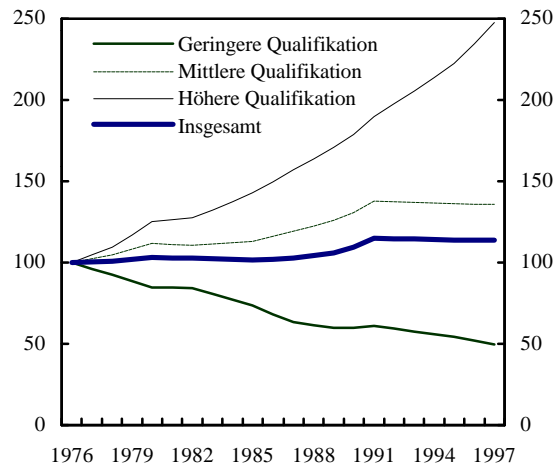
Kasten 1. Langfristige Trends am Arbeitsmarkt¹

Die seit den frühen 70er Jahren ungünstigen aggregierten Trends des deutschen Arbeitsmarktes verdecken eine erstaunliche Ungleichheit der nach Qualifikationsgrad desaggregierten Trends von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung: das Arbeitsmarktproblem konzentriert sich überwiegend im unteren Teil der Qualifikationsverteilung (Kasten 1, Abbildungen 1 und 2). Die Arbeitslosenquote der weniger qualifizierten Arbeitskräfte in Westdeutschland ist auf ein Vielfaches ihres Standes Mitte der 70er Jahre angestiegen und erhöhte sich besonders stark nach der Wiedervereinigung; sie betrug 1997 26,9 Prozent verglichen mit einer Gesamtarbeitslosenquote von 9,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Beschäftigung weniger qualifizierter

Kasten 1. Abbildung 1. Arbeitslosenquote nach Qualifikation (in Prozent) 1/



Kasten 1. Abbildung 2. Beschäftigung nach Qualifikation (1976=100) 1/



Quellen: Reinberg und Rauch (1998), IAB Werkstattbericht Nr. 15 und Schätzungen des Mitarbeiterstabes.
1/ Die Daten beziehen sich nur auf Westdeutschland.

Seit Ende der 70er Jahre sind in allen Industrieländern die Trends am Arbeitsmarkt für unqualifizierte Arbeitskräfte ungünstig, vor allem weil infolge technologischer Veränderungen oder der Globalisierung qualifizierte Arbeitskräfte stärker gefragt sind. Den für mehrere Länder vorliegenden Daten über die Arbeitslosenquoten nach Qualifikation ist jedoch zu entnehmen, dass unter den Industrieländern die relative Zunahme der Arbeitslosigkeit wenig qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland mit am deutlichsten war.² In Deutschland haben die strenge Einhaltung des Prinzips der „relativen Einkommenssolidarität“ aller Arbeitskräfte und ein breitangelegtes, auf dem „Paritätsprinzip“ beruhendes Sozialversicherungssystem die sich ohnehin verschlechternde Lage der weniger qualifizierten/schlechter bezahlten Arbeitskräfte (der „Lowsiders“) noch verschlimmert. Da die Produktivität der weniger qualifizierten Arbeitskräfte hinter der Produktivität der besser ausgebildeten Arbeitskräfte (der „Hightsiders“) zurückblieb und Löhne und Sozialabgaben über die Lohnverteilung proportional anstiegen, standen viele Lowsiders am Arbeitsmarkt vor einer „Arbeitsproduktivitätshürde“, die sie nicht überwinden konnten. Da die Sozialausgaben zum größten Teil durch

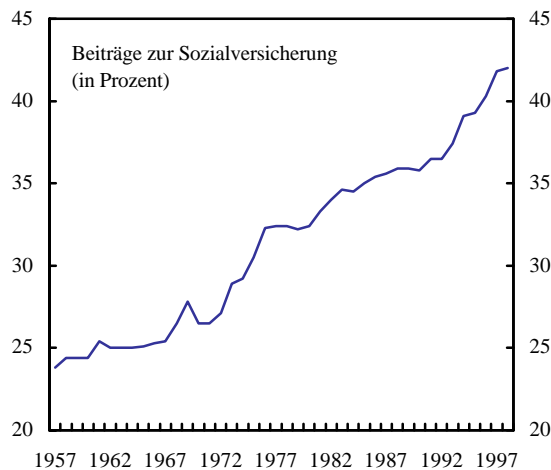
¹ In Kapitel I des Selected Issues Paper ist diese Analyse ausführlicher dargelegt.

² Siehe Manacorda und Petrongolo, 1999, „Skill Mismatch and Unemployment in OECD Countries“, *Economica*, Seiten 181-203.

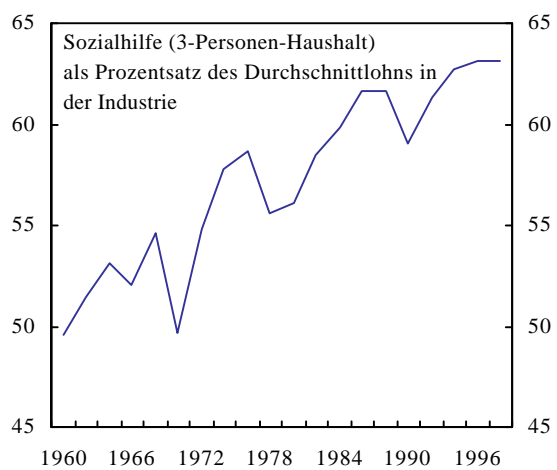
Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden, die seit den 50er Jahren stark gestiegen sind (Kasten 1, Abbildung 3), erhielt dieser ungünstige Prozess durch die Fiskalpolitik das Element eines Teufelskreises. Gleichzeitig haben großzügige, nicht beitragsfinanzierte Sozialleistungen (Arbeitslosenhilfe) den effektiven Mindestlohn im Laufe der Zeit angehoben (Kasten 1, Abbildung 4).

Da die Institutionen des westdeutschen Arbeitsmarkts pauschal auf die neuen Länder übertragen wurden, ist es vielleicht nicht überraschend, dass die ungünstigen Trends des Arbeitsmarktes für weniger qualifizierte Arbeitskräfte in **Ostdeutschland** sogar noch ausgeprägter waren; dort stieg die Arbeitslosenquote der weniger qualifizierten Arbeitskräfte 1997 auf 55 Prozent, während die Gesamtarbeitslosenquote im gleichen Jahr 18,2 Prozent betrug.

Kasten 1. Abbildung 3: Beitragssätze zur Sozialversicherung



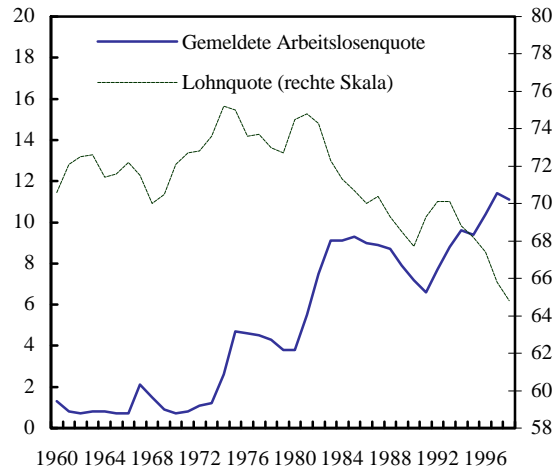
Kasten 1. Abbildung 4: Sozialhilfe



Quellen: Arbeitsministerium und Boss (1999), Kiel Working Papers Nr. 912.

Die Betrachtung des deutschen Arbeitsmarktes aus der Highsider-Lowsider-Perspektive unterscheidet sich von der traditionellen Betrachtungsweise aus der Insider-Outsider-Perspektive. Die Insider-Outsider-Perspektive geht davon aus, dass der Durchschnittslohn so festgelegt wird, dass die größte Lohnerhöhung erreicht wird, bei der die Insider noch weiterbeschäftigt werden, wobei die Interessen der Outsider bezüglich Beschäftigung ignoriert werden. Die Highsider-Lowsider-Perspektive geht davon aus, dass sich generelle Lohnerhöhungen nach der Produktivitätsleistung der Arbeitskräfte im mittleren und oberen Teil der Qualifikationsverteilung richten und die dahinter zurückbleibende Produktivitätsleistung der Lowsiders ignorieren. Im Verlauf des Konjunkturzyklus hat das deutsche Tarifverhandlungssystem, obwohl es auf das Prinzip der Einkommenssolidarität festgelegt ist, auf die Lage am Arbeitsmarkt vernünftig reagiert, wie von dem Muster belegt wird, bei dem Perioden allgemeiner Lohnzurückhaltung (nach Abbau von Arbeitsplätzen und steigender Arbeitslosigkeit) mit Perioden allgemeinen Lohndrucks (bei Konjunkturaufschwüngen und nach längerer Lohnzurückhaltung) abwechseln (Kasten 1, Abbildung 4).

Kasten 1. Abbildung 5: Lohn- und Arbeitslosenquoten 1/

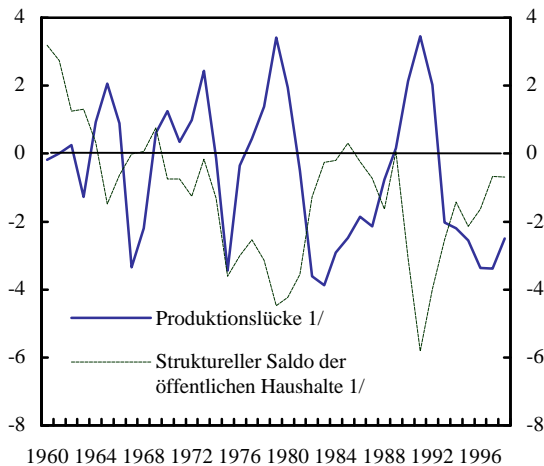


Quellen: Deutsche Bundesbank und Schätzungen des Mitarbeiterstabes.
1/ Für 1960-1990 beziehen sich die Daten auf Westdeutschland, für
1991-1998 beziehen sich die Daten auf das vereinigte Deutschland.

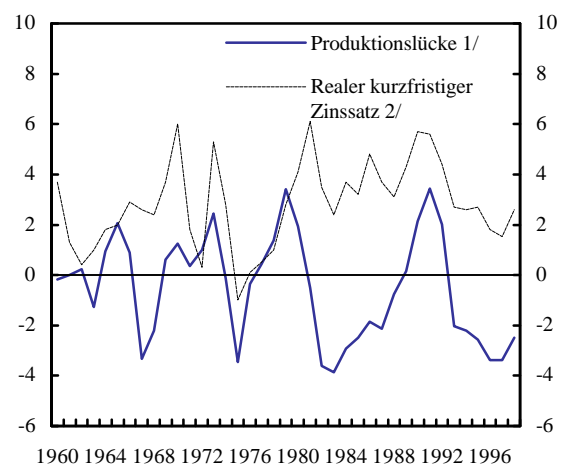
Kasten 2. Konjunkturbedingtes Verhalten der Finanzpolitik³

Der gestörte Arbeitsmarkt erschwerte die konjunkturgemäße Festlegung der Fiskal- und Geldpolitik. Auf der Seite der Fiskalpolitik setzte die Erhöhung der Arbeitslosenquote die Finanzen des umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems und die Sozialausgaben generell unter Druck. Zudem sanken die Einnahmen aufgrund anhaltender genereller Lohnzurückhaltung. In den letzten 20 Jahren haben diese Kräfte, sowie der Drang, nach einem Abbau von Arbeitsplätzen „wieder Ordnung in die öffentlichen Finanzen zu bringen“ (wie im Grundgesetz von der goldenen Regel vorgeschrieben), zu einer zyklusverstärkenden Fiskalpolitik auf der Ebene der Bundesregierung geführt. Zwei außergewöhnliche historische Ereignisse, die deutsche Wiedervereinigung und die Vorbereitung auf Stufe 3 der WWU, trugen ebenfalls zu der beobachteten zyklusverstärkenden Fiskalpolitik bei. Da die unteren Regierungsebenen traditionell nominale Defizite anvisieren, ist der fiskalpolitische Kurs des gesamten Staatssektors seit Anfang der 80er Jahre sehr zyklusverstärkend gewesen (Kasten 2, Abbildung 1). In der Tat ergibt sich aus Regressions-schätzungen, dass diese zyklusverstärkenden Schwankungen des strukturellen Saldos den automatischen finanzpolitischen Stabilisatoren in den 80er und 90er Jahren in etwa die Wage gehalten haben.

Kasten 2. Abbildung 1: Fiskalpolitisches Verhalten



Kasten 2. Abbildung 2: Geldpolitisches Verhalten



Quellen: World Economic Outlook Datenbank und Schätzungen des Mitarbeiterstabes.

1/ In Prozent des potentiellen BIP.

2/ Definiert als Differenz zwischen dem Satz für Dreimonatseinlagen und der jährlichen Teuerungsrate des Verbraucherpreisindexes.

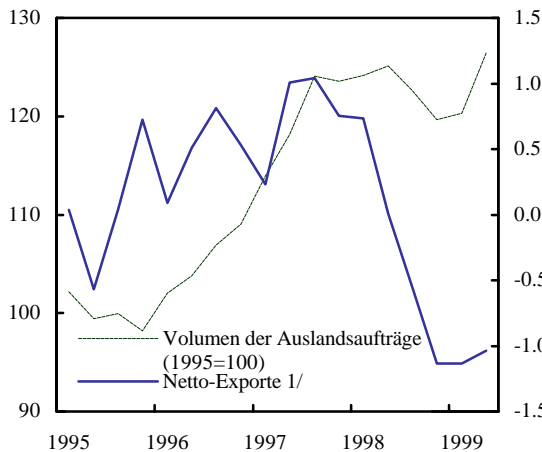
Die Geldpolitik der Bundesbank (bis 1998), die dem klaren Auftrag folgte, die Preise mittelfristig stabil zu halten, wurde auch durch die inkongruenten Institutionen des Arbeitsmarkts erschwert. Bei Konjunkturaufschwüngen, bei denen die Gewerkschaften die Löhne generell nach oben drücken konnten und eine zyklusverstärkende Fiskalpolitik den Nachfragedruck verstärkte, hat die Geldpolitik in der Regel dem erkannten Inflationsdruck unverzüglich und entschlossen durch eine Verschärfung des geldpolitischen Kurses entgegengewirkt (Kasten 2, Abbildung 2). Bei einer Flaute hingegen wurde der geldpolitische Kurs, vielleicht zwecks Förderung einer anhaltenden generellen Lohnzurückhaltung, allmählicher, und nach Ansicht mancher Beobachter etwas asymmetrisch, gelockert.

³ Siehe auch Kapitel I des Selected Issues Paper.

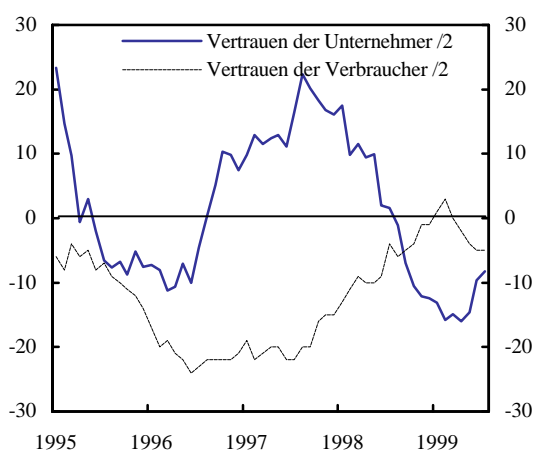
Kasten 3. Produktion, Preise und außenwirtschaftliche Entwicklungen

Gerade als die deutsche Wirtschaft Mitte 1998 im Aufschwung begriffen war, wurden die Exporte von einem schweren Schock in Mitleidenschaft gezogen. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise, die sich zunächst in einem deutlichen Rückgang der Auslandsaufträge manifestierten (Kasten 3, Abb. 1), schlugen sich bald in Exporteinbußen und einem Vertrauensverlust der Unternehmer nieder (Kasten 3, Abb. 2). Die deutschen Ausfuhren, die kräftig gestiegen waren, wurden im Vergleich zu den Ausfuhren anderer Exportländer des Euro-Raums wie Frankreich wegen ihrer regionalen Verteilung und Zusammensetzung besonders hart getroffen.⁴ Ende 1998 war die Wirtschaft zum Stehen gekommen, im 4. Quartal war das Wachstum gegenüber dem vorhergehenden Quartal (s.o.) negativ (-0,3 Prozent) (Kasten 3, Abb. 3). Die abrupte Verlangsamung erreichte im ersten Halbjahr 1999 den Tiefpunkt; dank der Stärke der Inlandsnachfrage stieg das BIP im ersten Halbjahr um 0,3 Prozent, und wichtige Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass ein deutlicher Aufschwung bevorsteht. Der Wachstumseinbruch erstickte die seit etlichen Jahren ersten Anzeichen steigender Beschäftigung, doch ist die Arbeitslosigkeit 1998 zurückgegangen und seitdem dank aktiver Arbeitsmarktprogramme und einer langsamen Zunahme der Erwerbsbevölkerung (Kasten 3, Abb. 4) ziemlich unverändert geblieben (9 Prozent auf standardisierter Basis).

Kasten 3. Abbildung 1: Auslandsaufträge und Netto-Exporte



Kasten 3. Abbildung 2: Vertrauen der Unternehmer und Verbraucher



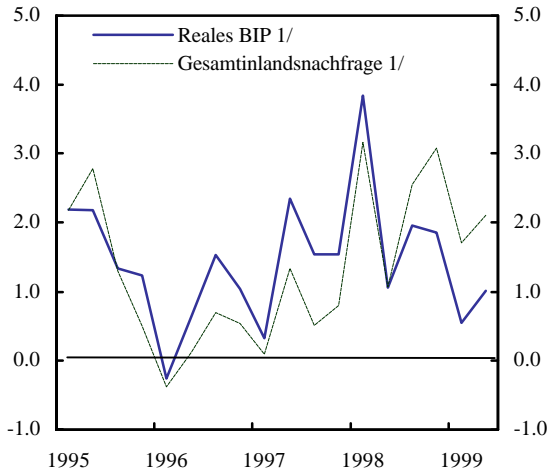
Quelle: Deutsche Bundesbank; WEFA-Datenbank und Berechnungen des Mitarbeiterstabes.

1/ Beitrag zum Wachstum des BIP; rechte Skala.

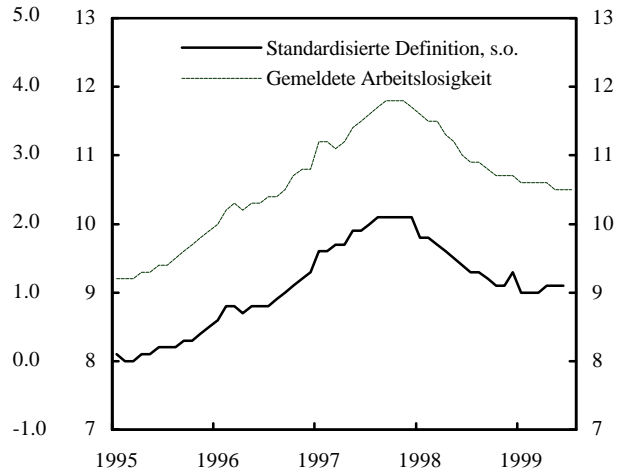
2/ Prozentsatz der Befragten, die eine Verbesserung ihrer Lage erwarten, abzüglich Prozentsatz derer, die eine Verschlechterung erwarten.

⁴ Die aufstrebenden Marktwirtschaften in Asien und Osteuropa kaufen 20 Prozent der deutschen Exporte (12 Prozent der französischen Exporte); (relativ konjunkturabhängige) Investitionsgüter und Halbfabrikate machen 80 Prozent der Exporte aus (50 Prozent bei Frankreich).

Kasten 3. Abbildung 3: Reales BIP und Gesamtinlandsnachfrage



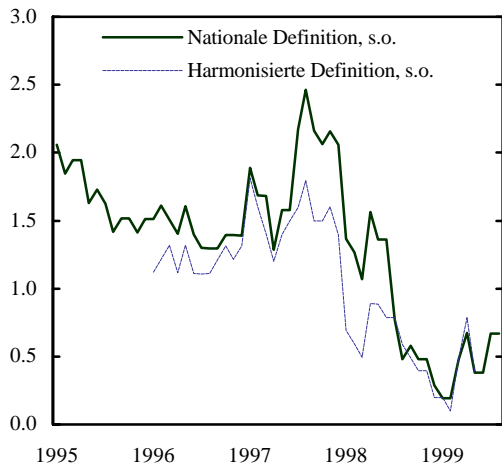
Kasten 3. Abbildung 4: Arbeitslosenquoten



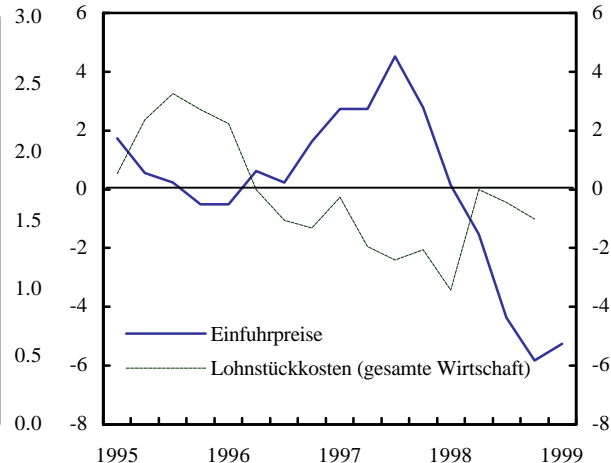
Quellen: Deutsche Bundesbank, EUROSTAT-Datenbank und Berechnungen des Mitarbeiterstabes.
1/ Prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres.

Die durchschnittliche jährliche Teuerung des Verbraucherpreisindex betrug seit 1995 weniger als 2 Prozent (Kasten 3, Abbildung 5). Schwacher Anstieg der Lohnstückkosten, Liberalisierung der Telekommunikations- und Stromversorgungsbranche und ein kräftiger Rückgang der Einfuhrpreise infolge des Verfalls der Weltrohstoffpreise unterstützten die Preisstabilität (Kasten 3, Abbildung 6); die Kerninflation (ohne indirekte Steuern und Energie) ist auf 0,1 Prozent gefallen.

Kasten 3. Abbildung 5: Verbraucherpreise 1/



Kasten 3. Abbildung 6: Einfuhrpreise und Lohnstückkosten 1/

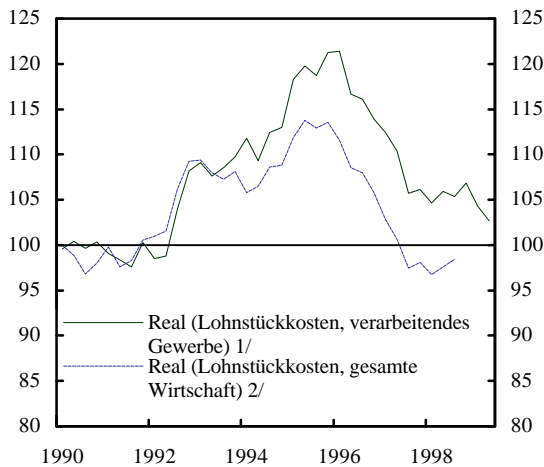


Quelle: Deutsche Bundesbank.
1/ Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

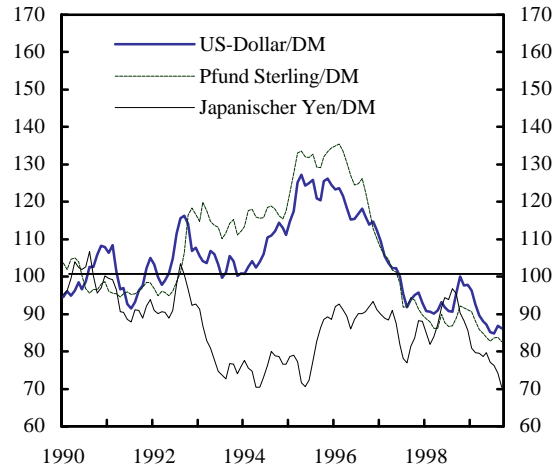
Die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist zufriedenstellend. Die Besserung des Trends – infolge eines Rückgangs der relativen Lohnkosten im Verbund mit einem fallenden

Wechselkurs –, der 1995 den Tiefpunkt seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, wurde 1998 durch die Wirkungen des Anstiegs des nominalen Wechselkurses unterbrochen, setzte sich aber 1999 wieder fort, als der Euro gegenüber anderen Währungen nachgab (Kasten 3, Abbildungen 7 und 8). Während die jüngste Beurteilung seitens des Mitarbeiterstabes keinen Hinweis auf eine multilaterale Fehlfestlegung gibt, erschien bei den im Frühjahr 1998 im Hinblick auf die WWU festgelegten festen bilateralen Umrechnungskursen die D-Mark gegenüber dem französischen Franc etwas überbewertet. Die Leistungsbilanz war 1998 nahezu ausgeglichen, da ein durch die Terms of Trade bedingter Anstieg des Handelsbilanzüberschusses durch einen Anstieg der Dividendenzahlungen an das Ausland wettgemacht wurde.

Kasten 3. Abbildung 7: Reale effektive Wechselkurse (1990=100)



Kasten 3. Abbildung 8: Bilaterale reale Wechselkurse (1990=100) 1/



Quelle: IWF, International Financial Statistics und Deutsche Bundesbank.

1/ Basierend auf den Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.

2/ Basierend auf den Lohnstückkosten in der gesamten Wirtschaft.

Die WWU führte zu einer massiven Zunahme der grenzüberschreitenden

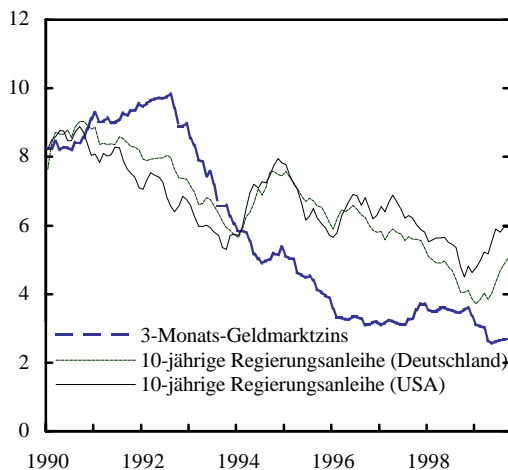
Im ersten Halbjahr 1999 machten die Netto-Kapitalströme aus Deutschland in andere Länder rund 19 Prozent des BIP aus (gegenüber 5 Prozent des BIP in den Jahren 1995-1996); dieser kräftige Anstieg ergab sich zum größten Teil wegen der höheren Kapitalströme in Deutschlands WWU-Partnerländer. Das rasche Tempo der finanziellen Integration des Euro-Raums war besonders an dem Umfang der Kapitalströme zwecks Anlage in Effekten und Direktinvestitionen im Ausland zu erkennen.

Kasten 4. Geld- und finanzpolitische Entwicklungen

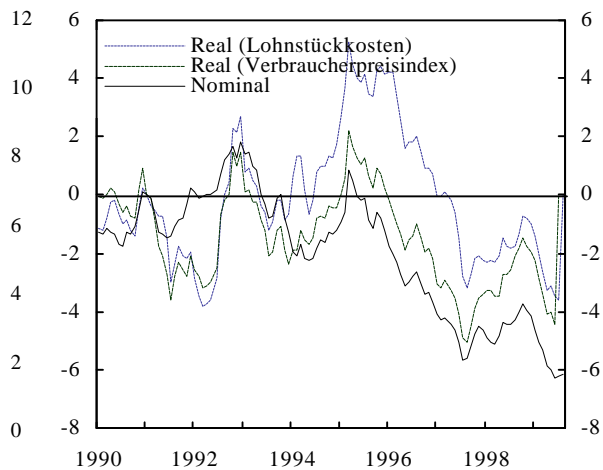
Die Geldbedingungen sind seit Ende 1998 durch politische Maßnahmen und Wechselkursentwicklungen wesentlich günstiger geworden.

Im Oktober 1997 erhöhte die Bundesbank den Zinssatz für Pensionsgeschäfte um 30 Basispunkte, um dem Inflationsdruck entgegenzuwirken; danach ließ die Bundesbank ihren geldpolitisch wichtigsten Zinssatz bis Dezember 1998 mit 3,3 Prozent unverändert (siehe Kasten 4, Abbildung 1). Die Rendite langfristiger Anleihen fiel während des Jahres um 120 Basispunkte und erreichte im Dezember einen Tiefpunkt von 3,6 Prozent; die Aktienkurse stiegen im ersten Halbjahr 1998 (um knapp 40 Prozent), mussten dann aber bei der globalen Korrektur an den Aktienmärkten ihre Gewinne zum größten Teil wieder abgeben. Gleichzeitig trugen die rückläufige Entwicklung der monatlichen Inflationsraten und ein bescheidener Anstieg des nominalen effektiven Wechselkurses zu einer mäßigen Anspannung der Geldbedingungen bei. Da vieles auf ein deutliches Abflauen der Konjunktur in Deutschland und anderen Ländern des künftigen Euro-Raums hindeutete, nahm die Bundesbank im Dezember 1998 eine mit den anderen 10 Zentralbanken koordinierte Senkung des Zinssatzes für Pensionsgeschäfte um 30 Basispunkte auf 3 Prozent vor. 1999 wurden die Geldbedingungen noch günstiger (Kasten 4, Abbildung 2), da der (implizite) DM/Dollar-Wechselkurs wieder auf das Niveau von Anfang 1998 fiel und die EZB ihren Zinssatz für Pensionsgeschäfte am 8. April um 50 Basispunkte auf 2,5 Prozent senkte. Die Effektenmärkte entwickelten sich nicht in der gleichen Richtung; die Aktienkurse zogen wieder an, während die Rendite der Rentenpapiere um knapp 5 Prozent anstieg.

Kasten 4. Abbildung 1. Marktzinsen 1/



Kasten 4. Abbildung 2. Indizes der Geldbedingungen (1990=0) 2/



Quellen: Deutsche Bundesbank und Berechnungen des IWF-Mitarbeiterstabes.

1/ Monatsdurchschnitt.

2/ Die Indizes der Geldbedingungen werden mit einer relativen Gewichtung von 1:2,5 zwischen dem Zinssatz und dem effektiven Wechselkurs erstellt – eine Veränderung des Zinssatzes um 1 Prozentpunkt entspricht einer Veränderung des Wechselkurses um 2,5 Prozentpunkte. Der Index der Geldbedingungen ist so skaliert, dass er im Januar 1991 gleich Null ist; Aufwärtsbewegungen des Index zeigen eine Anspannung der Geldbedingungen an.

3/ Dreimonats-Realzins und realer effektiver Wechselkurs (Lohnstückkosten)

4/ Dreimonats-Realzins und realer effektiver Wechselkurs (Verbraucherpreisindex).

5/ Dreimonats-Nominalzins und nominaler effektiver Wechselkurs.

Die Haushaltspolitik hat sich am Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Vorschrift des Grundgesetzes orientiert, dass die Kreditaufnahme des Bundes sich auf die Investitionsausgaben beschränken muss. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird im Jahr 1999 laut Prognose knapp 2 Prozent des BIP erreichen und entspricht damit dem Haushaltsansatz und dem Stabilitätsprogramm vom Januar 1999. Die wirtschaftliche Tätigkeit blieb zwar hinter den Erwartungen zurück (der Haushalt ging von 2 Prozent Wachstum des BIP aus), doch hat sich die Einsparung von Zinsen und die Zusammensetzung der Gesamtnachfrage, die höher besteuerte Komponenten (namentlich privater Verbrauch) begünstigte, auf die Haushaltslage positiv ausgewirkt; auch ist den jüngsten Daten zu entnehmen, dass die Produktion 1998 höher war als bei der Aufstellung des Haushalts für 1999 angenommen. Insgesamt dürfte nach den Schätzungen des Mitarbeiterstabes der fiskalpolitische Kurs 1999 neutral sein (Tabelle 1).

Kasten 4. Tabelle 1. Deutschland. Mittelfristige Prognosen der Finanzen der öffentlichen Haushalte, 1994-2004 1/

(In Prozent des BIP)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
						Prognose	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Offizielle Finanzziele 2/											
Saldo	-2,5	-3,2	-3,4	-2,6	-1,7	-2	-2	-1½	-1
Bund	-1,2	-1,5	-1,9	-1,7	-1,8	-2	-1½	-1	-1
Länder und Gemeinden	-1,4	-1,3	-1,1	-1,1	-0,1	-½	-½	-½	0
Sozialversicherungssystem	0,1	-0,4	-0,3	0,1	0,2	½	0	0	0
Bruttoverschuldung 3/	50,2	58,3	60,8	61,5	61,1	61	61	60½	59½
Prognosen des Stabs											
Einnahmen	46,5	46,3	46,9	46,6	46,6	47,1	46,9	46,5	46,1	46,2	46,2
Ausgaben	49,0	49,5	50,3	49,2	48,3	49,0	48,0	47,3	46,6	46,4	46,3
Zinszahlungen	3,4	3,7	3,7	3,7	3,6	3,5	3,4	3,2	3,1	3,1	3,1
Saldo	-2,5	-3,2	-3,4	-2,6	-1,7	-1,9	-1,1	-0,8	-0,5	-0,2	-0,1
Bund	-1,2	-1,5	-1,9	-1,7	-1,8
Länder und Gemeinden	-1,4	-1,3	-1,1	-1,1	-0,1
Sozialversicherungssystem	0,1	-0,4	-0,3	0,1	0,2
Bruttoverschuldung	50,2	58,3	60,8	61,5	61,1	60,6	59,5	57,7	55,6	53,8	52,0
Erinnerungsposten:											
Primärer struktureller Budgetsaldo 4/	1,0	0,7	1,3	2,5	3,2	3,1	3,5	3,2	2,8	3,0	3,0
Struktureller Budgetsaldo 4/	-2,3	-2,9	-2,3	-1,1	-0,3	-0,3	0,2	0,1	-0,2	-0,1	-0,1
Zinszahlungen 4/	3,4	3,7	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3	3,2	3,1	3,1	3,1
Fiskalischer Impuls 5/	-0,7	0,3	-0,6	-1,1	-0,7	0,0	-0,4	0,3	0,4	-0,1	0,0
Produktionslücke 4/	0,0	-0,3	-1,7	-2,3	-2,2	-3,0	-2,6	-1,7	-0,6	-0,2	0,0
Reales Wachstum des BIP (in Prozent)	2,3	1,7	0,8	1,5	2,2	1,4	2,5	3,0	3,2	2,5	2,3

Quellen: Finanzministerium und Prognosen des Mitarbeiterstabes.

1/ Die Daten beruhen auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995).

2/ Nach dem deutschen „Finanzpolitischen Stabilitätsprogramm“, das dem Ministerrat und der Europäischen Kommission im Januar 1999 vorgelegt wurde. Die Daten bis Ende 1998 sind die letzten offiziellen Schätzungen, die im September 1999 bekanntgemacht wurden.

3/ Seit 1995 werden die Schulden und Schuldendienstverpflichtungen der Treuhandanstalt (und verschiedener anderer Behörden)

4/ In Prozent des potentiellen BIP.

5/ Veränderung im primären strukturellen Budgetsaldo; Minuszeichen zeigt Entzug des Impulses an.

Kasten 5. Fiskalpolitik und Initiativen zur Steuerreform

Das Konsolidierungspaket vom Juni

Die im Juni angekündigten **gezielten Ausgabenkürzungen** würden die Ausgaben des Bundes im Vergleich zu früheren Plänen um 30 Milliarden DM ($\frac{3}{4}$ Prozent des BIP) im Jahr 2000 und um 1 Prozent des BIP im Jahr 2003 senken. Das Paket kürzt die Sozialtransfers (32 Prozent der Gesamteinsparungen im Jahr 2003), den Verbrauch der öffentlichen Haushalte (30 Prozent, davon etwa die Hälfte Löhne) sowie Subventionen und sonstige Transfers (12 Prozent); die übrigen bereits beschlossenen, aber noch nicht auf die verschiedenen Wirtschaftskategorien aufgeteilten Einsparungen betreffen hauptsächlich die laufenden Ausgaben. Die wichtigsten der zahlreichen Ausgabenkürzungen sind: in den Jahren 2000 und 2001 werden die Renten und Sozialleistungen auf die Inflation der Verbraucherpreise und nicht auf die durchschnittlichen Nettolöhne indexiert; die Erhöhungen der Beamtenbesoldung werden ebenfalls auf die Inflationsrate begrenzt, und die Sozialversicherungsbeiträge der Personen, die Arbeitslosenhilfe erhalten, richten sich nach ihren Sozialleistungen und nicht ihrem früheren Verdienst. Die Umindexierung der Sozialleistungen wirkt sich am stärksten auf der Stufe der öffentlichen Haushalte aus, weil sie Ausgaben einspart, die durch Sozialabgaben und durch Transfers aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Steuerreform

Die im **März 1999 verabschiedete Reform** besteht hauptsächlich aus acht Maßnahmen: (i) Anhebung des Einkommensteuer-Freibetrags von 12.360 DM auf 14.000 DM; (ii) Senkung des Eingangssatzes der Einkommensteuer von 25,9 auf 19,9 Prozent; (iii) Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 53 auf 48,5 Prozent; (iv) Senkung des Spitzensteuersatzes für Einkommen aus Gewerbebetrieb von 47 auf 43 Prozent; (v) Senkung der Körperschaftssteuer auf einbehaltene Gewinne von 45 auf 40 Prozent; (vi) etwa siebzig Maßnahmen, die die Bemessungsgrundlage verbreitern; (vii) eine Erhöhung des Kindergeldes und (viii) eine Erhöhung der Energiesteuern (Ökosteuer) zur Finanzierung einer Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung. Einige dieser Maßnahmen werden bis 2002 allmählich eingeführt.

Die im **Juni 1999 vorgeschlagene Steuerreform**, über die der Bundestag im Herbst beraten wird, sieht vor: (i) eine weitere Steuererleichterung für Familien mit Kindern, wie vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben; (ii) eine große Reform der Besteuerung der Unternehmensgewinne, die 2001 beginnen soll, und (iii) die zweite Phase der Ökosteuerreform. Nach dem Reformvorschlag für die Besteuerung der Unternehmensgewinne würde die Steuer auf Einkommen aus Gewerbebetrieb und die Körperschaftssteuer auf 25 Prozent gesenkt, die – zusammen mit der kommunalen Gewerbesteuer – einen Höchstsatz von 35-39 Prozent der einbehaltenen Gewinne (zuvor mehr als 50 Prozent) ergeben würde. Die volle Anrechnung (wonach von Kapitalgesellschaften auf Dividenden entrichtete Körperschaftssteuern gutgeschrieben werden, Dividenden aber der Einkommensteuer unterliegen) würde abgeschafft; stattdessen würde die Hälfte der ausgeschütteten Gewinne der Einkommensteuer unterliegen.

Die im März verabschiedeten Gesetze werden die Belastung der privaten Haushalte mittelfristig um schätzungsweise $\frac{1}{2}$ Prozent des BIP senken, während der Juni-Vorschlag die Steuern auf Unternehmensgewinne um $\frac{1}{4}$ Prozent des BIP senken würde.

Haushaltslage insgesamt

Die deutschen Behörden werden Ende 1999 ein abgeändertes Stabilitätsprogramm vorlegen. Das im Januar vorgelegte ursprüngliche Programm zielte auf ein Defizit der öffentlichen Haushalte in Höhe von 2 Prozent des BIP im Jahr 2000 und in Höhe von 1 Prozent im Jahr 2002 ab. Nach den derzeitigen Prognosen des Mitarbeiterstabes unter Berücksichtigung des Juni-Pakets geht das Defizit der öffentlichen Haushalte im Jahr 2002 auf $\frac{1}{2}$ Prozent des BIP und danach auf unter $\frac{1}{4}$ Prozent zurück. Der haushaltspolitische Kurs, gemessen am primären strukturellen Budgetsaldo, entzieht im Jahr 2000 einen Impuls in Höhe von 0,4 Prozent des BIP. Danach wird die Fiskalpolitik infolge der im Juni 1999 für das Jahr 2001 vorgeschlagenen Reform der Besteuerung der Unternehmensgewinne und der im März 1999 für 2002 verabschiedeten Senkung der Besteuerung der Haushalte wieder stimulierend.

KASTEN 6. ARBEITSMARKTPOLITIK AUSGEWÄHLTER KONTINENTALEUROPÄISCHER LÄNDER

Mehrere kontinentaleuropäische Länder haben eine Arbeitsmarktpolitik verfolgt, an der sich die deutschen Reformpläne unter Umständen orientieren könnten. In diesem Kasten werden drei ausgewählte Fälle besprochen – die Niederlande, Dänemark und die Schweiz. Allen drei Fällen ist gemeinsam, dass die Maßnahmen sich gegenseitig ergänzen, dem sozialen Konsens entspringen und die Zielsetzungen in Bezug auf die Gerechtigkeit etwa den deutschen entsprechen.

Anfang der 80er Jahre standen die Niederlande vor einer Krise. Die Behörden und Sozialpartner einigten sich auf umfassende Maßnahmen am Arbeitsmarkt, die (i) sich sehr gut gegenseitig ergänzten: die Reform der Leistungen führte zu einer Zurückhaltung bei den Ausgaben, so dass der Haushalt leichter konsolidiert und die Steuerlast gesenkt wurde; Steuersenkungen und Reformen der Leistungen förderten Lohnzurückhaltung, die die Nachfrage nach Arbeit erhöhte; hohe Beschäftigung dehnte die Steuerbemessungsgrundlage aus, womit am Arbeitsmarkt und bei den öffentlichen Finanzen ein *circulus virtuosus* ausgelöst wurde, und (ii) sie beruhten auf einem gesellschaftlichen Konsens, der durch den auf Dialog ausgerichteten Stil der Behörden und die von den Steuer- und Arbeitsmarktreformen vorgegebenen neuen "Spielregeln" gestärkt wurde. Die Neuregelung brachte Wachstum, Arbeitsplätze, elementare soziale Absicherung und traf auf

In Dänemark konzentrierte sich die Arbeitsmarktpolitik auf eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer, Verstärkung der Anreize sowie effizientere Stellensuche und Arbeitsvermittlung. Da eine radikale Reduzierung der Leistungssätze und der Mindestlöhne für politisch nicht durchsetzbar galt, konzentrierten sich die Maßnahmen auf die Verschärfung der Voraussetzungen der Anspruchs- und Leistungsberechtigung und eine Verkürzung der Dauer der Leistungszahlungen. Es hat sich gezeigt, dass die Maßnahmen zur Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme verhaltensändernd wirkten und das Funktionieren des Arbeitsmarktes verbessert haben.

Von besonderem Interesse ist der Fall der schweizerischen Institutionen des Arbeitsmarkts. Abgesehen von dem offensichtlichen Größenunterschied haben die schweizerische und die deutsche Volkswirtschaft eine Reihe gemeinsamer Merkmale: ein großes verarbeitendes Gewerbe, das exportorientiert ist und hohe Löhne zahlt; eine hohe Sparquote und ein ähnliches Bildungs- und Ausbildungswesen; ähnliche Anfälligkeit für Nachfrage- und Technologieschocks sowie ein stark dezentralisiertes politisches System, bei dem Reformen ohne Konsens auf breiter Front nicht durchführbar sind. Die entscheidenden institutionellen Unterschiede, denen die relativ gute Entwicklung des schweizerischen Arbeitsmarktes zu verdanken ist, sind: (i) Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, bei denen die Löhne nach der Lage auf der Ebene der Unternehmen festgesetzt werden; (ii) ein Sozialversicherungssystem, das von mehreren Säulen getragen wird und erheblich niedrigere Beitragssätze erfordert, weil die staatliche Säule eine verbindliche Grundsicherung bietet und die privaten Säulen einen zusätzlichen Versicherungsschutz bieten; (iii) die zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenunterstützung in Verbindung mit der Verpflichtung zur Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktprogrammen sowie (iv) weniger Kündigungsschutz und weniger großzügige Lohnnebenleistungen. Dennoch ist ein starker gesellschaftlicher Konsens vorhanden, denn die Sozialleistungen ersetzen wie in Deutschland einen relativen hohen Anteil des Lohnausfalls.

Deutschland: Grundlegende Daten

Fläche	357.041 Quadratkilometer
Einwohner (1998)	82,1 Mio
BSP/Kopf (1998)	26.189 US\$

	1996	1997	1998	1999 1/	2000 1/
(Prozentuale Veränderung zu Preisen von 1995)					
Nachfrage und Angebot					
Verbrauch der privaten Haushalte	0,8	0,7	2,3	2,1	2,4
Verbrauch der öffentlichen Hand	2,1	-1,1	0,5	0,9	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-1,1	0,5	1,4	2,9	3,4
Bauten	-2,9	-1,4	-3,9	-1,6	1,1
Maschinen und Anlagen	1,2	3,4	9,2	8,0	5,6
Endnachfrage, Inland	0,6	0,3	1,7	2,1	2,2
Lageraufstockung 2/	-0,4	0,4	0,7	-0,1	0,0
Inlandsnachfrage insgesamt	0,3	0,7	2,5	2,0	2,2
Ausfuhr von Waren und nicht faktorbezogenen Dienstleistungen	5,1	10,9	7,0	2,2	7,4
Einfuhr von Waren und nicht faktorbezogenen Dienstleistungen	3,2	8,3	8,5	4,6	6,3
Saldo Außenwirtschaft 2/	0,5	0,8	-0,3	-0,6	0,4
BIP	0,8	1,5	2,2	1,4	2,5
(In Millionen, falls nicht anders angegeben)					
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit					
Arbeitskräfte	39,6	39,7	39,6	39,5	39,4
Beschäftigung	36,1	35,8	35,9	36,0	36,1
Arbeitslose	3,5	3,9	3,7	3,5	3,3
Standardisierte Arbeitslosenquote	8,8	9,8	9,4	8,9	8,5
Registrierte Arbeitslosenquote	10,3	11,4	11,2	10,5	10,0
Westdeutschland	9,1	9,8	9,4
Ostdeutschland	15,7	18,1	18,2
(Prozentuale Veränderung)					
Preise und Einkommen					
BIP-Deflator	1,0	0,8	1,0	1,0	1,2
Verbraucherpreisindex (nationale Definition)	1,4	1,9	1,0	0,6	1,0
Verbraucherpreisindex (harmonisiert)	1,2	1,5	0,6	0,4	0,8
Durchschnittlicher Stundenverdienst (Industrie)	4,3	1,1	1,7
Lohnstückkosten (Wirtschaft insgesamt)	0,0	-1,7	-1,2
Reales verfügbares Einkommen 3/	1,8	0,1	1,9	2,4	2,9
Sparquote der privaten Haushalte (in Prozent)	11,1	10,5	10,2	10,4	10,8

1/ Prognosen des Mitarbeiterstabes.

2/ Veränderung als Prozent des BIP des Vorjahres.

3/ Mit dem Deflator der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den Verbrauch der privaten Haushalte deflationiert.

	1996	1997	1998	1999 1/	2000 1/
Öffentliche Finanzen 2/	(In Milliarden DM)				
Öffentliche Haushalte					
Ausgaben	1.804	1.805	1.829	1.896	1.928
(In Prozent des BIP)	50,3	49,2	48,3	49,0	48,0
Einnahmen	1.683	1.709	1.765	1.823	1.884
(In Prozent des BIP)	46,9	46,6	46,6	47,1	46,9
Finanzsaldo	-121	-97	-65	-73	-44
(In Prozent des BIP)	-3,4	-2,6	-1,7	-1,9	-1,1
Bund					
Finanzsaldo	-78,5	-63,5	-56,4	-53,5	-49,5
(In Prozent des BIP)	-2,2	-1,7	-1,5	-1,4	-1,2
Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte	2.180	2.255	2.312	2.347	2.391
(In Prozent des BIP)	60,8	61,5	61,1	60,6	59,5
Zahlungsbilanz					
Handelsbilanz 3/	94,3	110,3	123,8	110,1	123,0
Dienstleistungsbilanz	-53,1	-56,9	-61,8	-65,4	-65,6
Transferleistungen der Privatwirtschaft, netto	-16,0	-16,0	-15,9
Öffentliche Übertragungen, netto	-35,3	-36,8	-37,4
Leistungsbilanz	-8,4	-2,4	-7,4	-3,8	8,3
(In Prozent des BIP)	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	0,2
Devisenreserven (Periodenende)	119,5	126,9	131,5
Monetäre Daten	(Prozentuale Veränderung, Periodenende)				
Geld und Quasigeld (M3)	8,0	4,6	6,0
Inlandskredite der Banken	7,6	6,0	6,4
Davon Kredite an:					
Öffentliche Behörden	7,7	5,4	2,3
Private Nichtbanken	7,6	6,2	7,6
Zinssätze	(Periodendurchschnitt in Prozent)				
Dreimonatlicher Interbankensatz 4/	3,3	3,3	3,5	2,7	...
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen 4/	6,2	5,7	4,6	5,1	...
Wechselkurse	(Höhe)				
DM – US-\$ (Periodenende)	1,55	1,79	1,67
DM – US-\$ (Jahresdurchschnitt)	1,50	1,73	1,76
Euro – US-\$ (Jahresdurchschnitt)	0,78	0,88	0,90	0,96	...
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) 5/	108,9	103,9	104,1	101,9	...
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) 5/	117,0	108,7	105,7	101,3	...

1/ Prognosen des Mitarbeiterstabes

2/ Die Daten für den Bund sind auf administrativer Basis. Die Daten für die öffentlichen Haushalte beziehen sich auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Die Daten über den Schuldenstand beziehen sich auf das Jahresende für die öffentlichen Haushalte gemäß den Definitionen von Maastricht.

3/ Außenhandel einschließlich Ergänzungen.

4/ Die Daten für 1999 beziehen sich auf den 13. September 1999

5/ Die Daten für 1999 beziehen sich auf August 1999

Deutschland: Beziehungen mit dem Internationalen Währungsfonds

(Stand 31. August 1999)

I. Mitgliedschaft:

Deutschland wurde am 14. August 1952 Mitglied des Fonds. Deutschland hat die Verpflichtungen von Artikel VIII, Abschnitt 2, 3 und 4 übernommen.

II. Allgemeines Konto:	in Millionen SZR	in % der Quote
Quote	13.008,20	100,0
Währung in den Beständen des Fonds	8.030,98	61,7
Reserveposition im Fonds	4.977,24	38,3
Geschäftsbudget-Transfers (netto)	-225,00	...

III. SZR-Abteilung:	In Millionen SZR	in % der Zuteilung
Kumulative Nettozuteilung	1.210,76	100,0
Bestände	1.349,84	111,5

IV. Ausstehende Käufe und Darlehen: Keine

V. Finanzielle Vereinbarungen: Keine

VI. Voraussichtliche Verpflichtungen gegenüber dem Fonds: Keine

VII. Wechselkursvereinbarungen:

Deutschland ist seit dem 1. Januar 1999 ein Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; die D-Mark ging in die WWU mit einem Wert von 1,95583 DM pro Euro ein.

Gemäß Resolution Nr. 661 und Nr. 757 des UN-Sicherheitsrates erhält Deutschland Devisenbeschränkungen gegenüber dem Irak bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/Montenegro) aufrecht. Diese Beschränkungen wurden dem Fonds gemäß Entscheidung Nr. 144 gemeldet. Gemäß Resolution Nr. 1022 des UN-Sicherheitsrates wurden die finanziellen Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/Montenegro) mit Wirkung vom 22. November 1995 ausgesetzt. Die Sanktionen gegen die Gebiete von Bosnien und der Herzegowina, die von den Serben kontrolliert wurden, wurden am 27. Februar 1996 ausgesetzt.

VIII. Artikel IV-Konsultationen:

Konsultationen mit Deutschland finden alle 12 Monate statt. Der Stabsbericht für die letzte Artikel IV-Konsultation (SM/98/203) wurde auf der Sitzung des Exekutivdirektoriums EBM/98/92 (2. September 1998) erörtert.

DEUTSCHLAND: STATISTISCHER ANHANG

Deutschland hat einen weiten Fächer statistischer Veröffentlichungen und hat sich dem Speziellen Datenveröffentlichungsstandard des Fonds (SDDS) angeschlossen. Die Behörden machen in vollem Maße vom Internet Gebrauch, um den Online-Zugang zu Daten und Presseinformationen zu erleichtern, insbesondere das Statistische Bundesamt, die Bundesbank, das Finanzministerium und die Bundesanstalt für Arbeit.

Seit Anfang 1999 hat sich die Methodologie der deutschen Währungs- und Bankenstatistik geändert und sich den Standards der Europäischen Währungsunion angepasst. Die Bundesbank hat vor kurzem auch Schritte unternommen, um die Darstellung der Zahlungsbilanzangaben mit den Regeln der fünften Auflage des IWF-Handbuchs der Zahlungsbilanz in Übereinstimmung zu bringen.

Nichtsdestoweniger wird die Analyse der Daten durch drei Eigenheiten der deutschen Verhältnisse behindert:

- Seit der Einführung des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995) im April dieses Jahres wird die Analyse durch lückenhafte Daten erschwert: (i) ESVG 1995 Daten sind zur Zeit für die Sektoren private Haushalte und Unternehmen nicht verfügbar und (ii) ESVG 1995 Daten sind erst ab 1991 verfügbar. Haushaltsrestriktionen werden wahrscheinlich die Einführung von ESVG 1995 für die Daten vor 1991 nicht zulassen, so dass bei deutschen Daten die Zeitreihenanalyse nur in sehr begrenztem Umfang möglich ist.
- Nach der Einführung von ESVG 1995 wurde auch die Veröffentlichung separater Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für West- und Ostdeutschland eingestellt. Obwohl mit Hilfe der regionalen Konjunkturindikatoren die Informationslücke u. U. teilweise überbrückt werden kann, wird die Überwachung des Konvergenzprozesses in den neuen Bundesländern wahrscheinlich erschwert.
- Das untere Ende des Arbeitsmarktes wird von der deutschen Arbeitsmarktstatistik nach wie vor nicht vollständig erfasst. Obwohl die amtliche Beschäftigungsstatistik eine Schätzung über die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse enthielt – mit einer Arbeitszeit unter 15 Wochenstunden und einem Arbeitsentgelt von weniger als 620 DM pro Monat (bis April 1999) – war die Schätzung augenscheinlich hinsichtlich Beschäftigungsgrad und Zuwachsrates bei diesen Arbeitsverhältnissen viel zu niedrig. Im April 1999 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine vorläufige Revision der Beschäftigungsreihen für 1991-1998, bei der der Beschäftigungsgrad viel höher war als zuvor angegeben. Zum Beispiel belief sich nach der nicht revidierten Statistik die Gesamtzahl der Beschäftigten 1998 auf 33,9 Millionen, während die revidierte Statistik 36,0 Millionen Beschäftigte ausweist. Es ist aber durchaus möglich, dass die Beschäftigungsstatistik erneut revidiert werden muss, da eine Umfrage ergeben hat, dass die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse u.U. viel höher ist als mit der letzten revidierten Zahl ausgewiesen. Außerdem hat das Statistische Bundesamt seit Januar 1999 die Veröffentlichung einer monatlichen Beschäftigungsstatistik eingestellt, weil diese Beschäftigungsverhältnisse jetzt für Sozialversicherungszwecke gemeldet werden müssen (da ihre Befreiung von den Beiträgen zur Sozialversicherung im April 1999 abgeschafft wurde).

Deutschland: Wichtige statistische Indikatoren
(Stand Ende August 1999)

	Wechsel- kurse	Zinssätze	Verbrau- cherpreis- index	Exporte/ Importe	Leistungs- bilanz- saldo	Saldo der öffent- lichen Haushalte	BIP/ BSP	Auslands- verschul- dung/ Schulden- dienst
Zuletzt beobachtet am	31/8/99	31/8/99	7/99	6/99	6/99	1998	1999Q1	6/98
Eingegangen am	31/8/99	31/8/99	11/8/99	10/8/99	10/8/99	20/1/99	8/6/99	4/99
Häufigkeit der Daten	Täglich	Täglich	Monatlich	Monatlich	Monatlich	Jährlich	Vierteljährlich	Halbjährlich
Häufigkeit der Meldung	Täglich	Täglich	Monatlich	Monatlich	Monatlich	Jährlich	Vierteljährlich	Monatlich
Quelle der Aktualisierung	Bundesbank, Website	Bundesbank, Website	Statistisches Amt, Website	Statistisches Amt, Website	Statistisches Amt, Website	Statistisches Amt	Statistisches Amt, Website	Bundesbank, Website
Methode der Meldung	Elektronisch	Elektronisch	Elektronisch	Elektronisch	Elektronisch	Elektronisch	Elektronisch	Elektronisch
Vertraulichkeit	Keine	Keine	Keine	Keine	Keine	Keine	Keine	Keine
Häufigkeit der Veröffent- lichung	Täglich	Täglich	Monatlich	Monatlich	Monatlich	Jährlich	Vierteljährlich	Monatlich

19. Oktober 1999

Stellungnahme des Stabsvertreters für Deutschland
Sitzung des Exekutivdirektoriums
20. Oktober 1999

Diese Stellungnahme bietet Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, die seit der Herausgabe des Stabsberichts für die Artikel IV-Konsultation mit Deutschland im Jahre 1999 (SM/99/249) am 30. September 1999 zur Verfügung gestellt wurden. Diese Informationen ändern die Gesamtausrichtung der Bewertung durch den Mitarbeiterstab nicht.

1. **Jüngste Indikatoren bestätigen die kurzfristige Belebung der Konjunktur**, die im Stabsbericht angekündigt wird, wobei für das BIP-Wachstum eine Prognose von 1,5 % für das Jahr 1999 und von 2,5 % für das kommende Jahr gegeben wird.

- **Das Vertrauen der Unternehmer** hat sich nach den Angaben des IFO-Index über das Konjunkturklima im August weiterhin verbessert, und zwar auf 95,3 gegenüber 93,6 im Juli. Das Vertrauen hat sich inzwischen fast auf das Niveau Mitte des Jahres 1998 erholt, bevor die deutschen Exporte von dem Schock der aufstrebenden Marktwirtschaften getroffen wurden.
- Die Aufträge im **verarbeitenden Gewerbe** sind im August im dritten aufeinander folgenden Monat gestiegen und waren 9 % höher als im Vorjahr, wobei die Auslandsaufträge besonders stark waren. Die Produktion stieg im verarbeitenden Gewerbe von Juni bis August um 2,5 %.
- Die lange Flaute im **Baugewerbe** weist Anzeichen eines Aufschwungs auf, wobei die letzten Auftragsdaten eine Steigerung von 2,5 % gegenüber dem Vormonat anzeigen.
- **Der Umsatz im Einzelhandel** hat sich gefestigt und lag im August 1,5 % höher als im Vorjahr.

2. Auf dem Arbeitsmarkt ist die **Arbeitslosigkeit** in den letzten Monaten mit einer standardisierten Rate von ungefähr 9 % stabil geblieben, wozu aktive Arbeitsmarktmaßnahmen wie die Initiative der Behörden zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen. Die monatliche Beschäftigungsstatistik wurde seit Anfang des Jahres aufgrund einer Umstellung in den Meldeverfahren der Sozialversicherung nicht mehr veröffentlicht.

3. **Die Inflation** bleibt trotz der mit der Entwicklung des weltweiten Ölmarktes zusammenhängenden Erhöhung der Energiepreise und der Erhöhung der Energiesteuern im April dieses Jahres gedämpft. Die 12monatige VPI-Inflation war mit 0,7 % im September gegenüber August unverändert.

4. Auf den Finanzmärkten sind die kurzfristigen und langfristigen **Zinssätze** seit August als Reaktion auf Nachweise für eine Belebung der Konjunktur in Deutschland und im Euro-

Raum sowie aufgrund der Entwicklungen auf dem Finanzmarkt der Vereinigten Staaten um mehr als 50 Basispunkte gestiegen. Der Dreimonats-Satz liegt inzwischen bei 3,5 % und die Rendite für zehnjährige Anleihen liegt bei 5,4 %. Die monetären Bedingungen (einschließlich der Auswirkungen der jüngsten Wechselkursbewegungen) haben sich etwas verschärft und sind zu dem Niveau Anfang 1999 zurückgekehrt.

Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 99/101
ZUR SOFORTIGEN VERÖFFENTLICHUNG
November 3, 1999

700 19th Street, NW
Washington, D. C. 20431 USA

IWF schließt Artikel IV-Konsultation mit Deutschland ab

Am 20. Oktober 1999 hat das Exekutivdirektorium die Artikel IV-Konsultation mit Deutschland abgeschlossen.¹

Hintergrund

1998 war in Deutschland die letzte Arbeitsmarktentlassungswelle abgeschlossen, und es sah so aus, als ob die Konjunktur sich beleben würde. Stattdessen wurde der Aufschwung durch die Krise der aufstrebenden Marktwirtschaften abgefangen, die die deutschen Exporte besonders schwer in Mitleidenschaft zog und das Wachstum Ende 1998 zum Stillstand brachte; im vierten Quartal fiel das BIP um 0,3 Prozent. Die Folge war eine Verunsicherung der Wirtschaft, die durch die Ungewissheit über den politischen Kurs der Ende 1998 gewählten neuen Regierung noch verschärft wurde; entsprechend hielt die Flaute im ersten Halbjahr 1999 an.

Das neuerliche Abflauen des Wachstums erstickte die seit etlichen Jahren ersten Anzeichen eines Anstiegs der Beschäftigung. Ein großer Anteil der Arbeitslosigkeit ist strukturell (etwa 9 Prozent auf standardisierter Basis) und konzentriert sich auf die unteren Lohngruppen; er hat sich im Lauf der Zeit durch die Wechselwirkung deutscher wirtschaftlicher Institutionen - namentlich solidarische Lohnverhandlungen und ein großzügiges Sicherheitsnetz - mit einer Reihe wirtschaftlicher Schocks erhöht. Die Inflation war gedämpft; da die Lohnstückkosten nur mäßig gestiegen sind, Liberalisierungsmaßnahmen getroffen wurden und die Preise der Einfuhren wegen der rückläufigen

¹ Gemäß Artikel IV des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds führt der IWF mit den Mitgliedern bilaterale Gespräche, normalerweise jährlich. Ein Team des Mitarbeiterstabes besucht das Land, holt wirtschaftliche und finanzielle Informationen ein und erörtert mit Beamten die wirtschaftliche Entwicklung und Politik dieses Landes. Nach der Rückkehr zum Hauptsitz verfasst der Mitarbeiterstab einen Bericht, der die Grundlage für die Erörterung seitens des Direktoriums bildet. Nach Abschluss der Erörterung fasst der Geschäftsführende Direktor in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Exekutivdirektoriums die Ansichten der Exekutivdirektoren zusammen; diese Zusammenfassung wird den Behörden des Landes übermittelt. In dieser Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) sind die Hauptzüge der Erörterung des Direktoriums wiedergegeben.

Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe stark gesunken sind, hat sich der VPI seit 1995 im Schnitt um weniger als 2 Prozent jährlich erhöht.

Die monetären Bedingungen sind seit Ende 1998 infolge geldpolitischer Maßnahmen und der Entwicklung der Wechselkurse wesentlich günstiger geworden. Die kurzfristigen Zinssätze wurden von der Bundesbank im Dezember 1998 auf 3 Prozent und im neuen Umfeld der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) von der Europäischen Zentralbank im April 1999 auf 2½ Prozent gesenkt. Der Wertverlust des Euro gegenüber anderen Währungen seit seiner Einführung im Januar 1999 hat ebenfalls der Wirtschaft geholfen. Mit der WWU haben die grenzüberschreitenden Kapitalströme erheblich zugenommen, was auf eine rapide finanzielle Integration innerhalb des Euro-Raums hindeutet.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird für 1999 auf knapp 2 Prozent des BIP veranschlagt und hält sich somit im Rahmen der Haushaltsansätze und der Zielsetzungen des Stabilitätsprogramms vom Januar 1999. Im Juni 1999 haben die Behörden ein Paket von Ausgabenmaßnahmen vorgeschlagen, die das Haushaltsdefizit mittelfristig in Richtung auf ein Gleichgewicht reduzieren und Raum für Steuerreformen zur Senkung der Steuerlast schaffen würden.

Die kurzfristigen Aussichten sind günstig. Ein positiveres außenwirtschaftliches Umfeld, günstigere Geldbedingungen und größere politische Klarheit sprechen für eine kurzfristige Erholung. Nach den Prognosen des Mitarbeiterstabes dürfte das BIP 1999 um rund 1½ Prozent und im Jahr 2000 um 2½ Prozent wachsen.

Bewertung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass Deutschlands kurzfristige Wachstumsaussichten nach einem eher enttäuschenden Jahr angesichts des deutlich verbesserten äußeren Umfelds und der jüngsten Schritte der Behörden zur Klärung und Stärkung der Fiskalpolitik relativ günstig sind. Die meisten Direktoren wiesen jedoch darauf hin, dass Deutschlands lange zurückliegende strukturelle Schwächen, insbesondere in Bezug auf die Institutionen des Arbeitsmarktes, behoben werden müssen, um mittelfristig gute Aussichten zu sichern.

Die Direktoren lobten Deutschlands Rolle bei der erfolgreichen Einführung des Euro sowie die Führungsrolle der Bundesbank bei der Förderung eines Umfeldes mit niedriger Inflation in Europa. Die Direktoren stellten fest, dass die monetären Bedingungen im neuen institutionellen Kontext im Anschluss an die Verlagerung der Verantwortung im Bereich der Geldpolitik auf die Europäische Zentralbank die Konjunktur in Deutschland angemessen unterstützen und dass die Wettbewerbsfähigkeit

Die Direktoren begrüßten den Umfang, das Tempo und die Zusammensetzung des Fiskalprogramms der Regierung für das Jahr 2000 und darüber hinaus. Das Paket dürfte nicht nur dafür Sorge tragen, dass die Haushaltslage weiterhin den Anforderungen von Maastricht entspricht, sondern auch dazu beitragen, wieder Spielraum für fiskalpolitische Maßnahmen zu gewinnen und die Bedingungen für die Privatinitiative und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern. Die Direktoren begrüßten insbesondere, dass der Schwerpunkt auf gezielte Einschnitte bei den laufenden Ausgaben gelegt wird, und stellten fest, dass die Konzentration auf Kürzungen in strukturell bedeutsamen Bereichen der

Gesamtstrategie der Behörden zur Konsolidierung und zur Steuerreform Glaubwürdigkeit verleiht. Bei entschlossener Durchführung werde das fiskalpolitische Programm mittelfristig die Haushaltslage fast ausgeglichen gestalten und somit Deutschlands Einsatz für Haushaltskonsolidierung und die Verpflichtungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bestätigen. Die Direktoren fügten hinzu, dass automatische fiskalpolitische Stabilisatoren im Rahmen der WWU eine größere Rolle spielen müssen. In diesem Zusammenhang regten mehrere Direktoren an, dass Deutschland den Einsatz automatischer fiskalpolitischer Stabilisatoren ermöglichen sollte, wenn das Wachstum von den Haushaltsprognosen abweicht, insbesondere sobald sich die zugrundeliegende Haushaltslage verbessert hat.

Die Direktoren begrüßten ferner die Vorschläge zur Steuerreform. Sie stellten fest, dass Senkungen bei den hohen gesetzlichen Steuersätzen auf die Unternehmensgewinne, finanziert durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, die Effizienz des Steuersystems vergrößern würden. Gleichzeitig wiesen die Direktoren auf wichtige Bereiche hin, bei denen die Arbeit noch nicht abgeschlossen ist, insbesondere in Bezug auf die Einkommenssteuer, wo die Sätze nach wie vor sehr hoch sind. Die Direktoren ermutigten die Behörden deshalb, sich auch weiterhin auf Zurückhaltung bei den Ausgaben zu konzentrieren und dadurch Spielraum für eine weitere Senkung der Steuerlast zu schaffen.

Die Direktoren begrüßten zwar die jüngsten fiskalpolitischen Initiativen der Behörden sowie die Umsetzung einer Reihe von Strukturreformen, sie wiesen jedoch darauf hin, dass diese Maßnahmen wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um Deutschlands tief verwurzelte Arbeitsmarktprobleme zu lösen und insbesondere die Aufgabe zu bewältigen, die weniger qualifizierten Arbeitskräfte wieder in die Beschäftigung zu integrieren. Eine Anzahl Direktoren war außerdem der Ansicht, dass einige der ersten Arbeitsmarktmaßnahmen der Regierung, zum Beispiel die Erweiterung der Beschränkungen für die „630-Mark-Jobs“, in die falsche Richtung weisen. Die Direktoren waren besorgt, dass Deutschlands mittelfristige makro-ökonomische Aussichten bei Ausbleiben von entschlossenen Arbeitsmarktreformen wiederum durch den Abbau von Arbeitsplätzen, steigende Arbeitslosigkeit und eventuell erneuten Druck auf die Fiskalpolitik unterwandert werden können.

Eine Vermeidung dieser Gefahren erfordere im deutschen Kontext zwangsläufig einen kooperativen Ansatz, und die Direktoren begrüßten, dass die Behörden ein „Bündnis für Arbeit“ als Forum zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen mit den Sozialpartnern eingerichtet haben. In diesem Zusammenhang stellten viele Direktoren fest, dass mehrere kleinere europäische Länder mit ähnlichen Anliegen in Bezug auf die Verteilungswirkung Maßnahmen ergriffen haben, die nützliche Richtwerte für Reformen darstellen könnten, sie räumten jedoch ein, dass effektive und praktikable Lösungen die besonderen Umstände und Institutionen in Deutschland berücksichtigen müssen. Der Schlüssel liege darin, die Beschäftigung durch die Schaffung geeigneter Anreize für alle Wirtschaftssubjekte auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und die Verteilungsziele durch ein gezieltes Steuer- und Transfersystem an Stelle des Arbeitsmarktes zu verfolgen. Ein solcher beschäftigungsorientierter Ansatz sei gegenüber Anstrengungen zur Verringerung des Arbeitskräfteangebots, zum Beispiel durch die Förderung des Vorruhestandes, zu bevorzugen. Die Direktoren forderten deshalb Schritte zur Senkung der Kosten für die Beschäftigung der weniger qualifizierten Arbeitskräfte sowohl durch größere Flexibilität bei der Lohnfestlegung und bei den sonstigen Arbeitsbedingungen als auch durch niedrigere Sozialbeiträge für die weniger qualifizierten Arbeitnehmer; Maßnahmen zur Verschärfung der Anspruchsbedingungen für die Leistungen des sozialen Sicherheitsnetzes; für den Übergang zu einem weniger umfassenden Geltungsbereich der gesetzlichen Sozialversicherung durch den Aufbau einer größeren Säule für

Privatversicherungen, was auch aus den jüngsten Vorschlägen hervorgehe; sowie zur Einrichtung von Einkommenssicherungen in der Form von Leistungen für die Geringverdiener im Beschäftigungsverhältnis. Die meisten Direktoren setzten sich zwar für rasche und umfassende Maßnahmen ein, einige waren jedoch der Auffassung, dass ein schrittweiserer Ansatz erforderlich sein könnte, indem sie auf die Zeit verwiesen, die notwendig ist, um traditionelle Institutionen und Vorgehensweisen zu ändern und die Identifikation der Sozialpartner mit diesen Maßnahmen zu fördern. Die Direktoren unterstrichen, dass die fiskalpolitischen Kosten des Reformpakets für den Arbeitsmarkt den mittelfristigen fiskalpolitischen Konsolidierungszielen entsprechen müssen.

Die Direktoren begrüßten die jüngsten Schritte zur Deregulierung auf den Gütermärkten – insbesondere im Energie- und Telekommunikationsbereich –, sie forderten jedoch dringend weitere Maßnahmen, einschließlich des Abbaus der großen Anzahl an Unternehmensvorschriften und der Liberalisierung der Ladenschlusszeiten. Die Direktoren stellten fest, dass Deutschlands Finanzmärkte als Reaktion auf den Wettbewerbsdruck durch die WWU und die weltweiten Finanzentwicklungen weiterhin einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Die Direktoren erkannten zwar an, dass die Banken ihre Rückstellungen gegen Risiken erhöht haben und dass ein beträchtlicher Anteil der Engagements in den aufstrebenden Marktwirtschaften durch staatliche Bürgschaften gedeckt ist, sie betonten aber dennoch die Notwendigkeit einer andauernden sorgfältigen Aufsicht. Mehrere Direktoren regten an, dass die Behörden stärker aggregierte Informationen über Not leidende Kredite und Kreditrisiken des deutschen Bankensystems bereitstellen sollten.

Die Direktoren stellten fest, dass Deutschlands Statistiken zwar allgemein für die Überwachung angemessen sind, dass sie sich jedoch im Anschluss an die zu begrüßende Annahme neuer europäischer Standards der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in einer Übergangsphase befinden. Die Direktoren waren in diesem Zusammenhang der Auffassung, dass die Behörden versuchen sollten, die vorübergehenden Lücken bei den Daten in Bezug auf den Arbeitsmarkt und die volkswirtschaftliche

Die Direktoren lobten Deutschland für seine bedeutsame Rolle bei der Stärkung der Initiative für die hochverschuldeten armen Länder sowie für seine beträchtliche finanzielle Unterstützung für die Transformationsländer. Sie stellten jedoch mit Bedauern fest, dass die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe in den kommenden Jahren den Prognosen zufolge sinken wird, und sie drängten die Behörden, ihre Pläne für diese Unterstützung noch einmal zu überdenken.

Öffentliche Informationsmitteilungen (PINs) werden herausgegeben: (i) auf Antrag eines Mitgliedslandes nach Abschluss einer Artikel IV-Konsultation, falls das betreffende Land wünscht, dass die Ansichten des IWF der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Diese Maßnahme soll die Stellungnahme des IWF zur Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer transparenter machen und somit die Überwachung ihrer Wirtschaftspolitik durch den IWF verstärken; und (ii) auf Beschluss des Exekutivdirektoriums nach seiner Aussprache über diese Politik.

Deutschland: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren

	1994	1995	1996	1997	1998	1999 1/	2000 1/
	Veränderungen in Prozent, falls nicht anders angegeben						
Ökonomische Aktivität und Preise							
Reales BIP	2,3	1,7	0,8	1,5	2,2	1,4	2,5
Nettoexporte 2/	0,1	0,1	0,5	0,8	-0,3	-0,6	0,4
Binnennachfrage	2,2	1,7	0,3	0,7	2,5	2,0	2,2
Privater Verbrauch	1,0	2,1	0,8	0,7	2,3	2,1	2,4
Bruttoanlageinvestition	4,0	-0,7	-1,1	0,5	1,4	2,9	3,4
Bauinvestitionen	6,9	-1,8	-2,9	-1,4	-3,9	-1,6	1,1
Nationale Bruttoersparnisse (Prozent des BIP)	22,1	21,9	21,3	21,5	21,7	22,2	22,9
Bruttoinlandsinvestitionen (Prozent des BIP)	23,2	22,7	21,6	21,6	21,8	22,3	22,6
Erwerbsbevölkerung 3/	0,2	-0,5	0,0	0,3	-0,2	-0,4	-0,2
Beschäftigung 3/	-0,3	-0,1	-0,8	-0,8	0,4	0,1	0,3
Standardisierte Arbeitslosenquote (in Prozent)	8,3	8,1	8,8	9,8	9,4	8,9	8,5
Lohnstückkosten (Gesamtwirtschaft) 4/	0,5	2,0	0,6	-0,8	-0,4
BIP-Deflator	2,5	2,0	1,0	0,8	1,0	1,0	1,2
Harmonisierter VPI-Index	1,2	1,5	0,6	0,4	0,8
	In Prozent des BIP						
Öffentliche Finanzen							
Saldo der öffentlichen Haushalte 5/	-2,5	-3,2	-3,4	-2,6	-1,7	-1,9	-1,1
Saldo des strukturellen Regierungshaushalts	-2,3	-2,9	-2,3	-1,1	-0,3	-0,3	0,2
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte	50,2	58,3	60,8	61,5	61,1	60,6	59,5
Geld und Kreditvolumen							
Inlandskreditvolumen	8,1	7,3	7,6	6,0	6,4
M3	3,6	2,7	7,9	4,6	5,9
	Prozent						
Zinssätze							
Dreimonatssatz auf dem Geldmarkt 6/	5,3	4,5	3,3	3,3	3,5	2,7	...
Rendite für zehnjährige Staatsanleihen 6/	6,9	6,9	6,2	5,7	4,6	5,1	...
	In Milliarden DM, falls nicht anders angegeben						
Zahlungsbilanz							
Ausfuhren 7/	806,3	870,1	917,4	1.031,3	1.101,7	1.121,0	1.212,6
Einfuhren 7/	787,8	841,8	876,2	977,9	1.039,8	1.076,2	1.155,2
Handelsbilanz (Prozent des BIP)	2,1	2,3	2,6	3,0	3,3	2,8	3,1
Leistungsbilanzsaldo	-36,5	-27,2	-8,4	-2,4	-7,4	-3,8	8,3
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-1,1	-0,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	0,2
	Periodendurchschnitt						
Wechselkurs							
DM gegenüber US-Dollar 6/	1,62	1,43	1,50	1,73	1,76	1,88	...
Euro gegenüber US-Dollar 6/	0,83	0,76	0,79	0,88	0,89	0,96	...
Nominaler effektiver Kurs (1990=100) 8/	106,4	111,8	108,9	103,9	104,1	101,9	...
Realer effektiver Kurs (1990=100) 8/ 9/	111,6	119,5	117,0	108,7	105,7	101,3	...

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; IWF, International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook und Prognosen des Mitarbeiterstabes.

1/ Prognosen des Mitarbeiterstabes, falls nicht anders angegeben.

2/ Beitrag zum BIP-Wachstum.

3/ Inlandsdefinition auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; nach dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

4/ Definition nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

5/ Auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; nach dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

6/ Daten für 1999 beziehen sich auf den 21. September 1999.

7/ Außenhandel einschließlich Ergänzungen.

8/ Daten für 1999 beziehen sich auf August 1999.

9/ Gestützt auf die relativen harmonisierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.